

DER MALER

Zeitschrift des Verbandes der Maler, Lackierer, Anstreicher, Tüncher und Weißbinder Deutschlands.

Erscheint Sonnabends. Bezugspr. 3 M. u. Kreuzb. 4 M. vierteljähr. Schriftl. u. Geschäftsst.: Hamb. 36, Alter-Terrasse 10. Sprr.: Nordsee 8246. Postsch.: Vermögensvert. d. Verb. 1. Hamb. 11598
46. Jahrgang **Hamburg, 5. März 1932** **Nummer 10**

An die Gewerkschaftsmitglieder!

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands!

Bei der Wahl des Reichspräsidenten geht es um Eure und Eurer Kinder Zukunft, um Sein oder Nichtsein des demokratischen Deutschland, um die deutsche Republik und ihre Verfassung.

Eure geschworenen Feinde sind die in der „Nationalen Opposition“ zu einem Haszbündnis vereinigten Parteien. So bitter sie sich untereinander befehden, sie haben ein gemeinsames Ziel, ihre unbeschränkte Vorherrschaft auf Eure Knechtschaft zu gründen.

Laßt Euch durch ihr Kampfgeschrei gegen Hindenburg und Brüning nicht täuschen. Ihr Ansturm gegen das „heutige System“ richtet sich gegen die deutsche Arbeiterbewegung, ist ein Kreuzzug wider den Sozialismus, gilt der Vernichtung der Gewerkschaften.

Eure Feinde können nur triumphieren durch Eure Zwietracht. Sie müssen zuschanden werden an Eurem einmütigen Willen, der faschistischen Bewegung auf deutschem Boden Halt zu gebieten. Die geschichtliche Stunde ruft Euch auf zu einheitlicher Abwehr.

Wollt Ihr, daß die Not, die diese beispiellose Krise auf Euch häuft, auch noch zu Eurer politischen Entrechtung ausgenutzt wird? Wollt Ihr wieder wie einst der Willkür Eurer Unternehmer ausgeliefert sein? Wollt Ihr, daß an Stelle der Gewerkschaften, die heute Träger Eures Willens sind, willenslose Befehlsempfänger eines faschistischen Staates treten? Wollt Ihr zulassen, daß alle gesetzlichen Sicherungen fallen, die Euch in besseren Zeiten den Weg zur Wiedereroberung Eurer Rechte gewährleisten?

Ihr wollt das nicht, Ihr könnt das nicht wollen!

Der Verschwörung der Kriegshetzer von gestern und heute, dem Ansturm der Feinde Eurer Freiheit müßt Ihr am 13. März die entscheidende Niederlage bereiten. Ihr müßt dem Massenwahn des Faschismus die Kraft Eures unbeirrbar politischen Willens entgegensetzen. Auch die kommunistischen Mitglieder der Gewerkschaften dürfen nicht durch Unterstützung einer aussichtslosen Sonderkandidatur Hitler oder Hugenberg in den Sattel helfen.

Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands! Wir rufen Euch auf, dem selbsterwählten Reichspräsidenten Hindenburg Eure Stimme zu geben.

Der Vorstand des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

seine bisherige Tätigkeit. Ist Hindenburg auch nicht unser Mann, so darf bei seiner Wiederwahl wenigstens damit gerechnet werden, daß der bisherige außenpolitische Kurs und die ruhige Entwicklung im Lande gesichert ist. Da uns außenpolitische Verwicklungen und chaotische Zustände in Deutschland nur weiter ins Elend führen würden, wird uns die Wahl am 13. März nicht schwer fallen. Wer die Wahl Hitlers verhindern und eine stetige Politik, die allein den Aufstieg verbürgt, sichern will, der stimmt für Hindenburg.

Das Problem der Arbeitsbeschaffung

Die Arbeitslosigkeit greift immer weiter um sich. Schon jetzt sind mehr als sechs Millionen ohne Beschäftigung und alle Zeichen deuten darauf hin, daß, abgesehen von der jahreszeitlichen saisonbedingten Besserung, eine weitere Verschlechterung der Gesamtwirtschaftslage zu erwarten ist. Die Not breiter Volksschichten, besonders aber der lange von der Arbeitslosigkeit Betroffenen, ist riesengroß und verlangt gebieterisch Abhilfe. Worin aber kann diese anders bestehen als in der Beschaffung von Arbeitsgelegenheit. Hierbei handelt es sich um eine zentrale Aufgabe der deutschen Wirtschaftspolitik. Die Gewerkschaften haben schon wiederholt gefordert, daß darauf alle Kräfte des Staates und der Wirtschaft konzentriert werden müssen. Dies geschah erneut und mit großem Nachdruck in der Bundesauschlußsitzung des ADGB am 15. und 16. Februar in Berlin. Der stellvertretende Vorsitzende des ADGB, Eggert Schilberte die Lage der deutschen Wirtschaft.

Trotzdem Deutschland, so führte er aus, sich während des Jahres 1931 mit einem Ausfuhrüberschuß von 2,7 Milliarden Mark im Außenhandel überaus günstig behauptet hat, ist sein Arbeitslosenheer auf weit über sechs Millionen gewachsen, ist sein Anteil an der industriellen Weltproduktion von 12% im Jahre 1928 auf 9% im Durchschnitt des Jahres 1931 gesunken. Seine Produktion für den Binnenmarkt, der Umsatz im eigenen Lande, die Kaufkraft der breiten Massen sind verhältnismäßig stärker zusammengeschrumpft als im Durchschnitt der übrigen Länder.

Dieser unheimliche und scheinbar unwiderstehliche Verfall der wirtschaftlichen Kräfte, dessen Tempo in letzter Zeit durch den Rückgang der Ausfuhr noch beschleunigt wird, hat eine Fülle von Plänen, Vorschlägen und Forderungen gezeitigt, in deren zeitlicher Folge sich die einzelnen Phasen des Krisenablaufs widerspiegeln.

An der Spitze der ersten Gruppe von Plänen, die eine Verteilung der Arbeit auf möglichst viel Arbeitskräfte erreichen wollte, stand und steht die erstmals vom Bundesauschuß im Oktober 1930, später vom Frankfurter Gewerkschaftskongreß erhobene Forderung nach einer allgemeinen gesetzlichen vierzigstündigen Arbeitswoche. Die Reichsregierung, vor allem das Arbeitsministerium, hat aber in dieser Frage völlig verjagt. Auch heute halten die Gewerkschaften ihre Forderung nach der Arbeitszeitverkürzung aufrecht, die eine zwingende Folge der technischen Entwicklung des Produktionsapparates ist.

Auch die vom Bundesauschuß im Dezember 1930 erhobene Forderung nach Einführung des 9. Schuljahres gehört in diesen Zusammenhang.

In die zweite Gruppe gehören alle jene Pläne, die die Wirtschaftskrise durch Einführung einer Doppelwährung überwinden wollen. Am bekanntesten unter diesen samt und sonders abzulehnenden Plänen sind die Vorschläge von Feder, für die sich die Nationalsozialisten eingestellt haben. Alle diese Pläne tragen die Gefahr in sich, daß ein „Armeuteufel“ eingeführt wird, daß das schlechte Geld das bessere verdrängt.

In der dritten Gruppe, in den Plänen für zusätzliche Arbeitsbeschaffung, standen verschiedene Siedlungsprojekte mit in erster Reihe. Der Plan von Professor Wilbrandt, Erwerbslose an den Stadträndern anzusiedeln, ging davon aus, den Erwerbslosen durch Ueberweisung eines kleinen Stück Landes, etwa 1000 qm je Siedler, eine Existenzgrundlage zu schaffen. Der ADGB konnte sich aber nicht für diesen Plan einsetzen, denn einen

Die Reichspräsidentenwahl am 13. März

Deutschland steht vor einem Schicksalstag. Das deutsche Volk soll am 13. März darüber entscheiden, wer für die nächsten Jahre die Reichspräsidentenwürde tragen und damit der Repräsentant Deutschlands sein soll. Die Wahl hat sich als notwendig erwiesen, weil die Amtszeit des jetzigen Reichspräsidenten Hindenburg Anfang Mai abläuft und es den Bemühungen der Regierung nicht gelang eine Drei-Viertel-Mehrheit der Reichstagsabgeordneten beziehungsweise die hinter diesen stehenden Parteien dafür zu gewinnen, Hindenburg das Amt des Reichspräsidenten mindestens auf ein weiteres Jahr anzutragen. Die Rechts- und Linksextremen wollten aus parteipolitischen Motiven den Wahlkampf. Schon seit Wochen posaunte die Sarzburgfront in die Welt, daß nun ihre Zeit gekommen sei. Es gelte endgültig Schluß mit dem Weimarer System und dem marxistischen Kurs zu machen.

Aber es vergingen lange Wochen ohne daß die Rechtsparteien einen Kandidaten präsentieren konnten; denn es zeigte sich bald, daß wohl Einigkeit in ihren Reihen in der Bekämpfung des ihnen verhassten Regierungskurses bestand, aber der Interessentenhaufen auseinanderstrebte, sobald die Erledigung einer praktischen Frage in Angriff genommen werden sollte. Jetzt hat man endlich den Dreh gefunden, und zwar wartet man gleich mit zwei Kandidaten auf. Zunächst den bisher staatenlosen Hitler, den großspurigen Vorsitzenden der Nationalsozialistischen Partei, die sich ihres offensichtlichen reaktionären Kurses gern Arbeiterpartei nennt. Hitler residiert im Braunes Haus in München, läßt sich feiern wie ein Fürst und gibt sich jetzt der Hoffnung hin, legal zur Macht zu kommen, nachdem es ihm 1923 illegal nicht gelang. Damit er kandidieren konnte hat ihn die unter Nazidruck stehende Regierung in Braunschweig zum Beamten mit dem Titel Regierungsrat gemacht. Das ist zwar eine regelrechte Schiebung, aber die Hauptsache ist jenen um Hitler, daß der Zweck erreicht wird. Die Wahl dieses

Phrasenredners wäre ein Unglück für Deutschland, besonders für die deutsche Arbeiterchaft. Mit bombastischen Redensarten und Mussolinimethoden ist in Deutschland keine Politik zu machen. Mögen ihn seine SA- und SS-Horden wählen, andere Stimmen dürfen ihm nicht zufallen. Der Kandidatur Dürsterbergs, des Mannes der Deutschnationalen und des Stahlhelms, kommt keine große Bedeutung zu. Seine Aufstellung erfolgte nur, weil sich die Sarzburgfront, wenn man heute noch berechtigt ist von einer solchen zu sprechen, nicht einigen konnte, wer der hohen Ehre teilhaftig werden soll sich auf den Reichspräsidentenstuhl zu setzen. Dürsterberg darf und wird auch keine Arbeiterstimmen erhalten.

Ebenfalls als Zählkandidatur zu werten ist auch der von der kommunistischen Partei aufgestellte Parteivor-sitzende Thalmann. Wie dessen Kandidatur 1925 bewirkte, daß Hindenburg als damaliger Kandidat der Rechten gewählt wurde, kann sie jetzt eventuell zur Wahl Hitlers und damit des größten Gegners einer freiheitlichen Entwicklung in Deutschland führen. Würden die Kommunisten nicht in ihrer Borniertheit in der Sozialdemokratie ihren größten Feind erblicken, so daß eine gemeinsame Kandidatur der organisierten Arbeiterchaft möglich wäre, könnte dessen Wahl fast als gesichert gelten. Nachdem an eine Einigung unter der Arbeiterchaft in der Kandidatenfrage nicht zu denken ist, bleibt den Gewerkschaften nur noch übrig, mit allen Kräften dafür zu sorgen, daß die Wahl Hitlers verhindert wird. Dieses Ziel kann aber nur erreicht werden durch die Wahl Hindenburgs, des bisherigen Reichspräsidenten, der sich trotz seiner konservativen Grundanschauung als ehrlicher Hüter der Weimarer Verfassung erwiesen hat. Daß jene Kreise, die ihn 1925 auf den Schild erhoben hatten, ihn jetzt scharf bekämpfen, ist das beste Zeugnis für ihn und

wie es hieß, „Krisenfesten Arbeiter“ durch Stadttrandsiedlungen zu schaffen, erschien durch Verwirklichung dieses Projektes nicht möglich.

Die Vorstände des I.O.B. und des A.F.-Bundes haben sodann zum Siedlungsweesen, besonders zu dem Plan der Ansiedlung von Erwerbslosen, Stellung genommen. Nach ihrer Auffassung muß die landwirtschaftliche Siedlung nach Kräften weiter gefördert werden. Sie bedingt aber erhebliche Geldmittel und fachliche Eignung der Siedler, den Arbeitsmarkt kann sie nicht fühlbar entlasten. Die Stadttrandsiedlung bietet dem Siedler keine selbständige Existenz. Sie setzt Weiterbeschäftigung des Siedlers im Berufe oder den Bezug von Arbeitslosenunterstützung voraus. In der augenblicklichen Notlage ist das praktischste, den Arbeitslosen Kleingartenland (Schrebergarten) zur Verfügung zu stellen.

Eggert besprach dann eine Reihe von Plänen zur internationalen Arbeitsbeschaffung. Auch der Reichswirtschaftsrat beschäftigt sich in der letzten Zeit mit dem Problem der Arbeitsbeschaffung und seiner Finanzierung.

Die Aufgabe wird dadurch kompliziert, daß die schwere Wirtschaftskrise durch eine drückende politische Atmosphäre immer bedrohlicher wird. Der jahrelange Kampf um die Abrüstung, das ungelöste Reparationsproblem und die Vorgänge im Fernen Osten kennzeichnen die weltpolitische Situation.

Der Völkerbund kann die Flamme im Fernen Osten nicht löschen. Die Reparationskonferenz in Lausanne ist vertagt worden, politische Ereignisse in Frankreich und Deutschland stehen zur Entscheidung. Die Wahl des Reichspräsidenten, die Wahlen zum Preussischen Landtag, die Wahlen der französischen Kammer sollen vorerst die politische Entscheidung bringen, ehe an die wirtschaftliche Verständigung und an die endgültige Lösung des Reparationsproblems herangegangen wird.

Wir können in Deutschland nicht so lange warten, ohne den Versuch zu wagen, durch Arbeitsbeschaffung der öffentlichen Hand die Not und das Elend, das die kapitalistische Wirtschaftsordnung herausbeschoren hat, fühlbar zu mildern. Die Gewerkschaften erheben deshalb die Forderung, daß alle zuständigen und verantwortlichen Stellen, in Sonderheit die Reichsregierung, Reichsbahn, Reichspost und Reichsbank in gemeinsamer Arbeit mit den Vertretern der Wirtschaft zusammenwirken und eine Arbeitsbeschaffung großen Stils beschleunigt in Angriff nehmen.

Appell an den Bundesauschuß

Leipart sagte die Ausführungen Eggerts in einem Appell an den Bundesauschuß zusammen, in dem die unabwiesbare Notwendigkeit, endlich entscheidende Schritte zur Lösung des Arbeitslosenproblems zu tun, eindeutigen Ausdruck fand.

Aus dem Millionenheer der Arbeitslosen, erklärte er, geht uns heute der Schrei nach Arbeitsbeschaffung entgegen. Weite Kreise der Öffentlichkeit sind heute so abgestumpft gegen das Elend, das seit Jahren das tägliche Brot von unzähligen jungen und alten Menschen in Deutschland ist, daß sie keinen Begriff mehr von der Not haben, die in den wachsenden Ziffern der Arbeitslosigkeit verborgen ist. Die Zeitungen machen kaum noch Aufhebens davon, wenn die Flut der Arbeitslosigkeit Monat um Monat ansteigt. Die Gewerkschaften dürfen diesen Zustand der Lethargie, der Gleichgültigkeit gegenüber dieser drängendsten Aufgabe der Zeit nicht dulden. Von dieser Tagung des Ausschusses muß der Verzweiflungsschrei der Massen verstärkt weitergegeben werden, damit er endlich Gehör findet. Die Gewerkschaften müssen ein Stück ihrer wohlüberlegten Haltung, ihrer fühlbaren Mäßigung aufgeben, denn offenbar ist es sonst nicht möglich, eine Aenderung zu erzwingen und die verantwortlichen Stellen aus ihrer Passivität aufzuwecken. Sie wissen, daß eine Lösung des Arbeitslosenproblems schwierig ist. Sie wissen, daß die Finanzierung der Arbeitsbeschaffung heiß umstrittene Fragen aufwirft. Aber sie müssen eine Lösung finden. Es ist keine Zeit mehr zu verlieren. Im Namen aller deutschen Arbeiter, im Namen der ungezählten Frauen und Männer, die seit Jahr und Tag ohne Arbeit sind, muß der Bundesauschuß seine Stimme erheben. Ich halte es für notwendig, daß wir vor einem größeren Forum unserer Forderung leidenschaftlichen Ausdruck geben. Ein Krisenkongreß muß einberufen werden, auf dem wir öffentlich Anklage erheben wollen gegen die Regierung, gegen den Kapitalismus. Von Notverordnung zu Notverordnung stieg das Elend, von jener ersten Notverordnung an, die im Dezember 1923, als die soziale Reaktion ihre ersten Triumphe feierte, die Verlängerung der Arbeitszeit brachte, bis zu den Notverordnungen der letzten Jahre, die den Lebensraum der deutschen Arbeiterschaft unenträglich einengten. Im Juni 1931, als die zweite Notverordnung erlassen wurde, betrug die Zahl der Arbeitslosen 4,1 Millionen, im Oktober, als die dritte Notverordnung Wirtschaft und Finanzen angeblich hoberte, war sie auf 4,7 Millionen gestiegen. Sie wuchs auf 5,3 Millionen, bis die vierte und, wie es hieß, letzte verhängte wurde, und wiederum ist die verordnete Not der Massen bis heute auf die ungeheuerliche Zahl von 6 bis 7 Millionen Menschen weiter gesteigert worden. Wenn die Politik der Reichsregierung darauf angelegt wäre, immer neue Arbeitslosigkeit zu erzeugen, könnte die Not nicht größer sein. Die Delegierten des Frankfurter Kongresses konnten zu einem außerordentlichen Krisenkongreß zusammenzutreten, der nicht länger als ein bis zwei Tage zu dauern braucht. Wir müssen die

Regierung, wir müssen den Reichskanzler auffordern, auf diesem Kongreß zu erscheinen. Denn wir müssen von den verantwortlichen Stellen verlangen, daß mit allen verfügbaren Mitteln endlich wirkliche Abhilfe geschaffen wird.

Earnow (Holzarbeiter-Verband) referierte über seinen Arbeitsbeschaffungsplan auf dem Wege der Kreditausweitung. Er führte aus: Die ökonomische und finanzielle Zukunft Deutschlands ist trübe. Die deutsche Ausfuhr wird weiter zurückgehen, ihre Verminderung um ein Drittel wird die Arbeitslosenzahl etwa um eine Million steigern. Den Tiefstand hat die deutsche Wirtschaft noch nicht erreicht, wenn nicht außerordentliche Maßnahmen ergriffen werden. An baldige selbsttätige Erholung glaube ich nicht mehr. Die finanzielle Lage der Gemeinden, der Länder und des Reiches ist außerordentlich gespannt. Wir können nicht länger warten. Die Wahl — zu handeln oder abzuwarten — ist nicht mehr möglich. Wir müssen handeln und bewußt das machen, was früher automatisch bei der Ueberwindung der Krise geschehen ist. Weder von der Verbrauchsseite noch von der Seite der Produktionsmittelerzeugung kann in absehbarer Zeit eine Behebung von selbst kommen. Wir müssen also eine bewußte aktive Konjunkturpolitik führen, und die Konjunkturpolitik kann lediglich in der Arbeitsbeschaffung seitens der öffentlichen Hand bestehen.

Die Schwierigkeit liegt in der Finanzierung. Die öffentliche Hand verfügt über keine flüssigen Mittel. Sie ist zwar nicht überschuldet, sie kann aber keine Kredite

Außerordentlicher Kongreß

des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes

Mittwoch, den 23. März 1932, im Plenarsaal des Vorl. Reichswirtschaftsrats, in Berlin, Bellevuestraße 15. Beginn: vormittags 9 1/2 Uhr.

Tagesordnung:

Die Notwendigkeit der Arbeitsbeschaffung

Nach dem Beschluß des Bundesauschusses findet eine Neuwahl der Delegierten nicht statt. Die Regelung der Delegation im Rahmen der Bundesfassung ist den Verbandsvorständen überlassen. Der Bundesvorstand, Leipart.

erhalten, weil das Kreditssystem der Welt vollständig desorganisiert ist. Bedeutet dies aber, daß wir alle uns hinlegen und sterben müssen? Nein, der fehlende Kredit muß so oder anders ersetzt und ins Leben gerufen werden.

Wir haben einen Plan aufgestellt, der bereits in der Öffentlichkeit besprochen wurde. Die öffentlichen Körperschaften, die berufen sind, Arbeiten auszuführen, sollen Schuldschreibungen ausstellen, die von der Reichsbank als Deckung für die von ihr eröffneten Kredite aufgenommen werden. Um der Reichsbank Sicherheit zu verschaffen, muß eine Zwischenstelle eingeschaltet werden, die für die Tilgung der für die öffentlichen Arbeiten vergebenen Kredite zu sorgen hat.

Wir denken an die Beschäftigung von einer Million Arbeiter. Dies wird einen Aufwand für Löhne, Gehälter und anderes mehr von etwa 2 Milliarden Mark erfordern. Davon werden aber rund 600 Millionen Mark von vornherein durch die freiverdenden Arbeitslosenunterstützungen gedeckt. Es kommen noch Steuern und soziale Abgaben der bei den öffentlichen Arbeiten beschäftigten Arbeiter hinzu. Es bleibt also eine zusätzliche Kaufkraft von höchstens 1,2 Milliarden Mark übrig. Das würde eine Erweiterung der Kaufkraft der Bevölkerung um 1 bis 1 1/2 % bedeuten. Eine Inflationsgefahr von der Kaufkraftseite her kann dabei nicht entstehen. Der steigenden Nachfrage wird die Erweiterung der Produktion folgen, so daß eine fühlbare Preissteigerung — die das wichtigste Merkmal der Inflation ist — nicht eintreten kann.

Ueber das Wagemann-Projekt sprach der Direktor der Arbeiterbank, Scheinrat Bachem.

Wagemann ist bei seinem Projekt ausgegangen von der heutigen Situation. Bei früheren Krisen sammelte sich bei den Finanzinstituten Geldkapital, das zu relativ niedrigem Zinsfuß der Wirtschaft zur Verfügung gestellt werden konnte. Bei der gegenwärtigen Krise war die Entwicklung eine andere. Es ist ein plötzlicher Zusammenbruch von Finanzinstituten eingetreten, der Zufluß der Kapitalien ist ausgeblieben. Die Finanzinstitute hatten die goldene Regel der Banken verlegt. Sie hatten kurzfristige Gelder in langfristigen Anlagen angelegt. Wenn dieses falsche Vorgehen der Banken ein Grund für die Verfestigung der Krise ist, was kann zur Abhilfe jetzt und für die Zukunft geschehen?

Es muß, so meint Wagemann, ein fester Block geschaffen werden, eine ewige Schuld der öffentlichen Hand in Höhe von 3 Milliarden und ein weiterer variabler Betrag von 2 Milliarden zur Deckung der kleinen Noten. Diese kleinen Noten sollen eine beschränkte Zahlungskraft haben, das heißt nur bis zu 500 M. angenommen werden brauchen. Der Staat allerdings muß sie unbeschränkt in Zahlung nehmen, die Reichsbank ist verpflichtet, sie jederzeit in große Noten umzutauschen. Damit glaubt Wagemann das Scheidgeld und die kleinen Münzen vor Untertwertigkeit zu schützen, ihre gleichmäßige Kaufkraft

gegenüber der Ware aufrechtzuerhalten. Der Besitzer der kleinen Noten wäre daher in keiner Weise gefährdet.

Wagemann verspricht sich von der Durchführung seines Planes eine Aufkaufung der gefrorenen Geldleitungen. Die Finanzwechselforderungen der Finanzinstitute müssen eingelöst werden. Heute müssen Kredite zurückgefordert werden von guten Schuldnern. Diesem unumgänglichen Zustand würde abgeholfen. Weiterhin glaubt er an ein Wiedererwachen des Vertrauens, an einen Rückstrom des gehorteten Geldkapitals, und in seiner Folge an eine Wiederbelebung der Wirtschaft.

Naphthali (Forschungsstelle) meint, daß das internationale Moment bei der Beurteilung der Krisenursache stärker betont werden muß, als geschehen ist. Die Krise erweist sich mehr und mehr als eine internationale Kreditkrise. Diese verschärfenden Momente können nur beseitigt werden durch Wiederherstellung des internationalen wirtschaftlichen Vertrauens und der politischen Beruhigung. Aktive Konjunkturpolitik ist heute identisch mit aktiver Außenpolitik, die auf die internationale, auf die deutsch-französische Verständigung abzielen muß.

Die Verringerung der Arbeitslosigkeit ist der Wunsch von uns allen. Aber er enthebt uns nicht der Prüfung, ob die Arbeitsbeschaffung in der geplanten Form der richtige Weg ist. Das Problem liegt bei der Finanzierung. Sie ist unstritten. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung darf nicht Illusionen wecken. Wenn wir 200 000 Mann durch die öffentliche Hand in Arbeit bringen können, so wäre das ein Erfolg. Natürlich ist Krediterschöpfung möglich, es kommt nur auf die Größenordnung an, es kommt darauf an, wie die Goldreserve und die Anspannung der Notenbank ist.

Wahrscheinlich wird man mindestens 3 Milliarden zusätzliche Verschuldung der öffentlichen Hand zur Beschaffung von Arbeit für eine Million Arbeiter brauchen. Das muß zu Kreislaufstörungen führen und die Währung gefährden. Gerade in der psychologischen Situation Deutschlands, die zu größerer Vorsicht mahnt als in anderen Ländern. Die Inflationsfurcht muß in Rechnung gestellt werden, die leicht zu einer Inflationspanik führen kann.

Demgegenüber scheint es notwendig, auf dem normalen Anleihewege der öffentlichen Hand Kapital zur Arbeitsbeschaffung zur Verfügung zu stellen. Es handelt sich dabei auch um das gehortete Geld in Höhe von etwa einer Milliarde Mark. Warum ist es gehortet? Aus Furcht davor, daß die Banken in irgendeiner möglichen Situation nicht zahlen. Diese Gelder geraten in schnelle Bewegung, sobald eine Inflationsfurcht um sich greift. Hier liegt die reale Gefahr für die Währung, die von Finanzierungsprojekten wie dem vorgeschlagenen ausgehen kann. Der Ruf nach Arbeitsbeschaffung ist notwendig. Der Finanzierung sind aber Grenzen gesetzt.

In der Aussprache wurde nochmals auf alle in den Vorträgen berührten Punkte eingegangen. Wenn auch die Auffassung über die Möglichkeiten, die Wirtschaft durch Kreditausweitung anzukurbeln, auseinander gingen, war man sich doch einig in der Auffassung, daß endlich durchgreifende Schritte von der Regierung unternommen werden müssen und der dauernden Schrumpfung der Wirtschaft durch eine positive Wirtschaftspolitik entgegenzuwirken. Sei dies nicht unter dem jetzigen Wirtschaftssystem möglich, müßten die Lösungen im Sinne des Sozialismus gesucht werden.

Malergewerbe und Selbstantrieb

Unter der Ueberschrift „Die Nöte des Malergewerbes“ brachten wir in der Nummer 9 einen Artikel, in dem zur Lehrlingsfrage Stellung genommen wurde. Zu den weiteren Nöten des Malergewerbes gehört ohne Zweifel die immer mehr zunehmende Ausführung von Anstricharbeiten durch Personen, die außerhalb des Berufes stehen, bzw. durch Selbstantrieb. Diese Frage ist durch einen Artikel in der „Farben-Zeitung“ plötzlich in den Vordergrund gerückt worden und hat zu einer lebhaften Diskussion in der „Farben-Zeitung“ selbst und in den Landesverbandzeitungen des Reichsbundes für das deutsche Maler- und Lackierhandwerk geführt. Der gute Mann, der den Streit angefangen hat, ist Direktor einer Lack- und Farbenfabrik. Wenn Direktoren zur Feder greifen, dann wollen sie selbstverständlich ihrer Branche im allgemeinen dienen, und da nun einmal gegenwärtig mit den Malermeistern nur geringe Geschäfte zu machen sind, singt man das hohe Lied vom Selbstantrieb und reizt sich dabei — unvorsichtigerweise an den Malermeistern. Es sei geradezu erschütternd, wie schlecht es dem Malergewerbe durch Zurückstellung aller Anstricharbeiten gehe; dieses sei aber an dem Zustand selbst schuld, denn es habe früher, als es noch gut beschäftigt war, oft unmäßige Preise gefordert, wenn es sich um Privatpersonen handelte, während schon damals bei Behörden usw. die Aufträge sehr billig ausgeführt wurden. Was an den Behörden-Aufträgen zugeführt wurde, mußte beim Privatmann wieder herausgeholt werden. Die Privatkundschaft habe sich dies nicht länger gefallen lassen und sei immer mehr zum Selbstantrieb übergegangen. Herr Schäfer führt dann die Arbeiten auf, die besonders für den Selbstantrieb in Frage kommen, und kommt zu dem Schluß, daß sich der Farbenhandel auf diese Wändlung der Dinge einstellen müsse und der Schwerpunkt für die Werbetätigkeit in die Kreise der Privatfarbenverbraucher zu verlegen sei. Am Schluß heißt es dann wörtlich:

Weder die deutsche Lackindustrie, noch den Handel trifft die Schuld, wenn das Selbststreichen eines Tages zur Selbstverständlichkeit geworden ist.

Hätte das Malergewerbe schon früher auf die wiederholten Warnungen gehört und Preise gefordert, die für den Staat waren, dann wäre manches anders gekommen, und manche Dinstarbeit wäre auch weisehin dem Malerhandwerk übertragen worden. Der Verdrängungsprozess der Lackindustrie und des Handels zwingt uns, den noch offenen Platz zu besetzen.

Herr Anders, der Finanzminister des Reichsbundes und Vorsitzender des Ausschusses für das Verdienungsmaß im Reichsbund hatte kaum seinen schönen Schwelmertraum in der "Berliner Malerzeitung" ausgedrückt, als er den Artikel des Herrn Farbendirektors zu Gesicht bekam. Er gab daher in der "Berliner Malerzeitung" mit Herrn Schäfer ganz energisch ins Gericht und kündigte dem Verbandsrat des Lack- und Farbenhandels den Krieg an, was in die Handelspraxis überließ etwa zu bedeuten hat? Entweder ihr von der Farbenbranche sagt dafür, daß sich etwas Besorgtes nicht wiederholt, oder wir veranlassen unsere Mitglieder, daß sie nur bei Fabrikanten und Großhändlern kaufen, die mit dem Artikel des Herrn Schäfer nicht einverstanden sind. Diese durchwegs berechtigte Stellungnahme des Herrn Anders hatte kaum die Druckerpresse verlassen, als in der "Farbenzeitung" ein weiterer Artikel erschien, diesmal von einem Herrn B. Greif (Eingeweihte behaupten, die Unterschrift sei gegriffen) der in noch viel eindringlicherer Weise als Herr Schäfer dem Selbstkauf das Wort redet. Er hat das Malergewerbe schon gar nicht mehr auf der Rechnung und empfiehlt, jeder Packung Farbe eine Gebrauchsanweisung beizulegen, damit der Teile in die Lage versetzt wird, einwandfreie Anstriche auszuführen zu können. In einer späteren Nummer der Farbenzeitung nimmt nun ein anderer Vertreter der Farbenbranche das Malergewerbe gegen den Vorwurf in Schutz, als hätte es zu besseren Stellen zu hohe Preise verlangt. Das Zunehmen des Selbstkaufs sei vielmehr auf die große Arbeitslosigkeit und die geringen Einkünfte großer Teile der Bevölkerung zurückzuführen. Das werde alles anders, wenn wieder normale Verhältnisse in der gesamten Wirtschaft vorhanden seien. Der Lack- und Farbenhandel dürfe dem Malerhandwerk nicht in den Rücken fallen, sondern müsse ihm in dieser schweren Notzeit beistehen.

Damit hätten wir eigentlich unserer Chronistenpflicht genügt und brauchen uns mit dieser Angelegenheit nicht weiter zu beschäftigen, wenn nicht Herr Guido Schneider, in seinem "Eifer" dem Malermeister beizufpringen, zu ganz falschen Schlüssen kommen würde. Er schreibt in der Farbenzeitung:

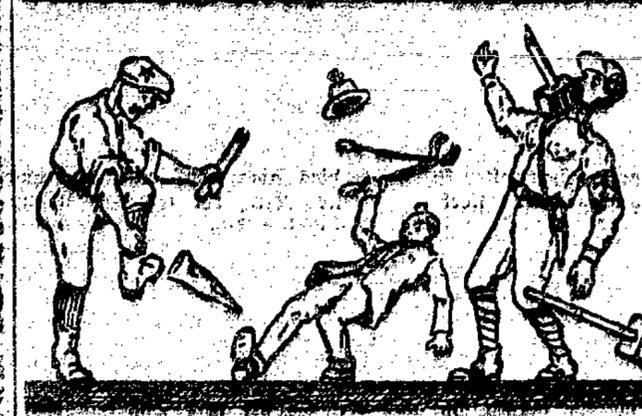
Die weitaus größten Kosten entstehen also bei den Malerarbeiten durch die Löhne. Diese sind aber in der Nachkriegszeit durch die Tarife festgelegt, und der selbständige Malermeister, der mit Gehilfen zu arbeiten gezwungen ist, hat keine Möglichkeit, diese nach der jeweiligen tatsächlichen Leistung des Gehilfen zu berechnen. Die Folge ist, daß auch Gehilfen, die in ihrer Arbeitsleistung den Durchschnitt noch nicht einmal erreichen, genau so bezahlt werden müssen wie ihre fleißigeren Kollegen. Diese wiederum sagen sich dann, daß sie keine Veranlassung haben, mehr zu leisten, obwohl sie es könnten, weil sie von dieser Mehrleistung keinen eigenen Vorteil haben. So wird also unter dem Ansehen des in der Nachkriegszeit endlich überspannten Tarifgebändens die Arbeitsintensität ganz erheblich nachgelassen haben, so daß naturgemäß der Endbetrag für die Malerarbeiten sehr erheblich beeinträchtigt wird.

Dass an den Kosten für das fertige Produkt die Löhne im Durchschnitt mit 50% beteiligt sind, können wir aus den Not gelten lassen, obwohl neuerdings mit 42% gerechnet wird. Wenn aber Herr Schneider sagt, daß die Löhne im Malergewerbe erst in der Nachkriegszeit tariflich festgelegt wurden, so irrt er gewaltig. Die Anfänge der tariflichen Regelung der Löhne in unserem Gewerbe liegen um die Jahrhundertwende. Der erste zentrale Tarifvertrag wurde bereits 1907, und zwar für Rheinland-Westfalen, abgeschlossen, der zweite 1908 für Süddeutschland, und der erste Reichstarifvertrag im Jahre 1910. Es ist auch nicht richtig, daß der Meister nicht in der Lage ist, dem leistungsfähigeren Gehilfen einen besseren Lohn zu geben als dem minder leistungsfähigen. Daran hindert ihn niemand, es ist denn das Gebot des Herrn Schneiders. Wenn die nach Meinung des Herrn Schneiders zu hohen Gehilfenlöhne an dem Elend des Malergewerbes schuld sind, warum sind dann die Meister ohne Gehilfen nicht besser beschäftigt? Herr Schneider scheint nicht zu wissen, daß von den 65.000 Malereibetrieben, die im Jahre 1925 vorhanden waren, schon damals mehr als die Hälfte ohne Gehilfen arbeiteten. Die sogenannten Kleinbetriebe haben aber nicht ab, sondern zugenommen. Bei diesen spielt der Tariflohn keine Rolle. Der Nachmittagsarbeiter für den Kleinmeister nicht und oft auch nicht für die von diesem beschäftigten Lehrlinge. Und doch gehen nicht nur im Winter, sondern auch im Sommer Tausende von Kleinmeistern zum Stempeln. Lehrlinge müssen aussetzen, weil es an Aufträgen mangelt und der Meister nicht genügend Geld hat, um dem Lehrling unproduktive Arbeiten bezahlen zu können. Die Gehilfenlöhne können also für den Selbstkauf nicht verantwortlich gemacht werden. Das gleiche gilt für die Leistung der Gehilfen. Herr Schneider beweist mit seiner abfälligen Bemerkung über die Einstellung der Gehilfen zur Leistung, daß er von den Vorgängen im Malergewerbe keine Ahnung hat. Er müßte sonst wissen, daß die Leistungen in den letzten Jahren ganz erheblich gestiegen sind und bei bestimmten Arbeiten das Mehrfache dessen betragen, wie in der Vorkriegszeit. Wenn von den Meistern oft gesagt wird, daß sie für ihre Arbeiten trotz höherer Löhne, Steuern und Sozialbeiträgen geringere Preise bekommen als früher, so kann dies doch nur durch höhere Leistungen der Gehilfen erklärt werden. Gewinn sind auch die Materialpreise gefallen. Auch der Gewinn wird in vielen Fällen ein geringerer sein. Das Wesentliche ist aber die gesteigerte Leistung der Gehilfen. Diese wurden nicht nur durch vereinfachte Technik usw. erreicht, sondern mitunter durch ein ganz raffiniertes Anreizsystem. Gibt es doch Meister, die für Vorarbeiten be-

halten nichts übrig haben, weil sie es verstehen, auf andere Weise aus ihren Gehilfen das Beste herauszuholen. Man soll also die Klage beim Oerz lassen und den Sündenbock dort suchen, wo er wirklich ist. Die Gehilfenchaft ist ohnedies genug gelacht, sie muß es daher ablehnen, in dem Streit zwischen Farbenhändlern und Malermeistern den Preis abzugeben.

Dass es dem Malergewerbe schlecht geht und alle die Aufträge, die durch Selbstkauf, Schwarzarbeit usw. verloren gehen, notwendig gebraucht könnte, wird kein vernünftiger Mensch bestreiten wollen.

Auch wir bedauern den Verdienstausgang, der dem Malergewerbe durch den Selbstkauf entsteht, und leben und hoffen auf, wenn Kräfte, die es sich auf Grund ihres Einkommens leisten könnten, zum Fachmann zu gehen, die Unvollkommenheiten von ihrem Chauffeur oder einem Hausangestellten ausführen lassen, sei es, um die Zeit dieser Leute reiblos auszunutzen, oder um einige Mark zu sparen. Wir verurteilen es auch, wenn der gut bezahlte Beamte, der immerhin auch in dieser Hinsicht gewisse Verpflichtungen gegenüber der Allgemeinheit hat, zum Dinst greift. Was darüber hinaus an Selbstkaufstreibern vorhanden ist, dürfte für das Malergewerbe schwer zu gewinnen sein, weil das Einkommen der Arbeiter, Angestellten und niederen Beamten derart herabgedrückt wurde, daß diese einfach nicht in der Lage sind,



zum Malermeister zu gehen; wenn's hoch kommt, dann eventuell noch zum Schwarzmalen. Da aber auch der schwarzmalende Malergehille in den meisten Fällen schon zu teuer ist, greift man selbst zum Dinst oder wendet sich an einen Putzer, der vom Gewerbe keine Ahnung hat. Es dürfte kaum ein Mittel geben, dieser Dinge Herr zu werden. Die Verdienstspannen und die Löhne derart senken zu wollen, um Preise nehmen zu können, die dem Einkommen dieser Kreise angepaßt sind, ist praktisch ausgeschlossen, weil hierfür die erste Voraussetzung fehlt: eine so weitgehende Senkung der allgemeinen Lebenskosten, einschl. der Mieten, um auch bei diesen stark gedrückten Preisen und Löhnen noch existieren zu können. Dem Malergewerbe dürfte am besten noch mit höherem Einkommen der großen Verbraucherkreise gedient sein, weil dann der Kreis derer, die sich einen Maler leisten können, größer ist. Das es heute umgekehrt liegt, daran ist "das Malergewerbe" (die Gehilfen werden in der "Farbenzeitung" nicht mit zum Malergewerbe gezählt) nicht ganz unschuldig. Auch im Malergewerbe glaubt man seinen Interessen am besten dienen zu können, wenn man treu und brav nach Lohnabbau schreit, wenn man über die hohen Steuern und sozialen Lasten jektet, obwohl der größte Teil der Malermeister überhaupt keine Steuern bezahlt und auch von den sozialen Lasten verschont bleibt, weil er jahrein jahraus keine Gehilfen beschäftigt. Auch im Malergewerbe hat man die Hege gegen die Wohnungsgenossenschaften mitgemacht, obwohl diese zu den solidesten Kunden des Handwerks gehörten, und wenn unter den Hausbesitzern die Selbstkaufstreiber zunehmen, dann darf daran erinnert werden, daß für die Nähe der Hausbesitzer wohl nirgends so viel Verständnis gezeigt wurde, als im Malergewerbe. Jahrelang hat man dem Hausbesitzer vorgerechnet, daß er bei so viel Hauszinssteuer nicht bestehen kann und selbst aus den Erleichterungen, die vielen Hausbesitzern durch die Notverordnung vom 8. Dezember 1931 zuteil wurden, hat man das Gegenteil gemacht. Ist es da ein Wunder, wenn sich die Hausbesitzer immer mehr erheben, daß sie unter diesen Umständen kein Geld haben, um Malerarbeiten ausführen lassen zu können? Schließlich wird nicht mit Anrecht der Vorwurf erhoben, daß es viele Malermeister gibt, die nebenher einen schwunghaften Handel mit Farben und Malerwerkzeugen betreiben und daß es sogar vorkommt, daß die Farben streichfertig mit den erforderlichen Schablonen, Pinseln und praktischen Anweisungen geliefert werden.

Die Gewerkschaften, das Zentralproblem

Arbeiter und Unternehmer erkennen in den Gewerkschaften das Kampfinstrument, mit dem die Arbeiterschaft auf die Gestaltung der Arbeitsverhältnisse auf das Niveau ihres wirtschaftlichen und sozialen Daseins bestimmenden Einfluß nehmen können. Es ist daher ganz logisch, es entspricht der Klassendialektik, daß das Unternehmertum, speziell in der Periode der schwersten Krise des Kapitalismus, die Gewerkschaften als den Todfeind seines Herrschaftssystems bekämpft. Seine zeitgeschichtliche Hauptwaffe dabei ist der Faschismus, in der Form eines modernen Landstreichertums, das als Söldnertruppe für jede Schand- und Bluttat zu haben ist. Das Kapital handelt nach dem Grundsatz: Der Zweck heiligt alle Mittel! oder, wie der Faschisttheoretiker Herbert Plant sagt: "Da ist alles, aber auch alles erlaubt, wenn es nur zum Erfolg führt." (Weichenstiller Mensch, Seite 39, Kampf-Verlag.) Ueber das Nazitum herrscht denn auch innerhalb der wirklichen Arbeiterschaft, abgesehen von den geistig am reichhaltigsten Resten, nur die eine Meinung: es ist ein vom Kapital aufgezüchteter und gefütterter Kettenhund zur Sicherung der Zinsknechtschaft des arbeitenden Volkes.

Innerhalb der Arbeiterschaft gab es schon vor dem Kriege Meinungsverschiedenheiten über die gewerkschaftliche Taktik, die ihre Wurzeln im Weltanschaulichen haben. Die Dinge sind heute komplizierter durch die Grenzen innerhalb der ideologisch gleichgerichteten, der sozialistisch eingestellten Arbeiterschaft. Als Auswirkung dieser Differenzen erlebten wir schon ein teilweises Abhängen in die Passivität, Abspaltungen und Versuche, die Gewerkschaften durch Spaltung zu zerstören, neue Gebilde aufzuziehen. Von den "Linkskaditalen" Hamburg kam 1919 die Idee und Propaganda, mit der man durch die politisch-gewerkschaftliche Einheitsorganisation die Revolution zum Siege führen wollte. Später kamen von der KPD-Seite die gleichzeitigen Versuche mit Unions, Einheitsverbänden und wie man die Kinder dilettantischer Phantasie zu taufen beliebte. Wie nicht verhehlt werden soll, wurden die "gleichzeitig-revolutionäre" Unternehmen — bis zu Lenins "ode" von russischen bolschewistischen Theoretikern mit Spott und Hohn getauft. Lenin selbst widmete den Spaltbrüder seine bekannte Schrift "Kinderkrankheiten des Radikalismus". Auch nachher gab es noch etliche Verdammnisse gegen die Spalter, aber das waren dann nur opportunistische Selbstverurteilungen. So bezeichnete Herr Heinz Neumann, jetzt weislich das geistige Haupt der KPD, und während der Herrschaftsperiode der Ruth Fischer, Maslow, ein leuchtender Kommet an ihrem Sternenhimmel, diese Wörter nach ihrem Sturz in einer besonderen Broschüre wegen ihrer Antigewerkschaftspolitik als mild gewordene Spießer. Seit 1923 schwankt der von der KPD dirigierte Kurs in der Gewerkschaftsfrage hin und her. Mal heißt die Parole: Eigene Läden, Spaltung, Zerstörung der Gewerkschaften! Dann wieder lauter der Befehl: Eroberung der Gewerkschaften von innen heraus! Oder es laufen beide Parolen nebeneinander her. Hier lehnt man Einheitsfront mit Reformisten und Sozialisten "grundtätig" ab, dort überschreit man sich in "Einheitsfront von unten auf". Das Sprachengewirr beim Surmbau zu Babel verblüht vor der Dummheit der KPD-Gewerkschaftspatrolen.

Wie tiefgehend die Gewerkschaftsfrage die Arbeiterschaft bewegt, welche überragende Bedeutung man ihr beimißt, beweist auch der Umstand, daß sie auch Parteien mit Spaltungen bedroht. Die erste Spaltung aus diesem Motiv hat die KPD mit der RPD erlebt. Der Hauptgrund, man darf sagen, der einzige Grund für die Neugründung, unter Führung von Brandler und Thalheimer, war die Gewerkschaftsfrage. Grundtätig lebten die Anhänger dieser Gruppe jede Art von Spalterei und Zerstörung irgendwelcher proletarischer Massenorganisation ab. Unter Beachtung demokratischer Grundzüge und der gewerkschaftlichen Organisationsgesetze wollten sie die Gewerkschaften geistig beeinflussen. Um dieser Frage willen steht nun die KPD selbst vor einer Spaltung — oder Auflösung. Die Reichsleitung ist schon vor Wochen auseinandergebrochen: Fröhlich, Walcher, Enderle und Köhler sind ausgetreten. Brandler und Thalheimer wollen den Rausgang nach Moskau machen. Aus diesem Grunde sollte auch die KPD-Politik, wenn nicht öffentlich verteidigt, so doch toleriert werden. Da man die Widerstrebenden durch einen Beschluß des Reichsleitungsorgans binden will, sind umfangreiche Ausschüsse oder Abspaltungen kaum noch zu verhindern.

Eine Mitgliederversammlung der KPD, am 5. Januar 1932 hat den Bruch vollzogen. Ein Teil der bisherigen KPD-Mitglieder ist zur SWP übergetreten, andere werden folgen. Die Gewerkschaftsfrage bereitet der SWP ebenfalls schon Schwierigkeiten. Aus Kreisen der Jugendlichen, die die Gewerkschaften lediglich aus der Gegenwartsituation beurteilen, sie wesentlich nur in der Defensivrolle sehen, fordern kategorisch eine Frontstellung der Partei gegen die Gewerkschaften, um sie zu Kampfmaßnahmen zu zwingen, und, wie man sagt, sie aus der Gefolgschaft der KPD zu reißen. Die Stürmer wissen noch nichts von der Eigengeizigkeit gewerkschaftlichen Handelns, die von keiner Partei inhibiert werden kann, an der jedes gewerkschaftsfeindliche Anstürmen zerschellen muß.

Zweifelloß haben die verschiedenen, aus Unkenntnis oder Posheit unternommenen Angriffe auf die Gewerkschaften, die systematischen Verleumdungen, elende Bongehe, Spaltungsversuche usw. — ein Sammelsurium teils gewollter, teils unbewusster konterrevolutionärer Maßnahmen — die Kampfkraft der Gewerkschaften geschwächt, mittelbar die des Unternehmertums gestärkt, zum Schaden der Gesamtarbeiterschaft. Das ist das einzige unrichtige Pluskonto, das die Spalter und Wächter-Gewerkschaftsvernichter bei der KPD und bei den Sakentkrenzlern buchen können. Was schon das Schicksal der verschiedenen gewerkschaftlichen Neugründungen, heute nur noch Schall und Rauch, erhärtet, das bescheinigt uns ausdrücklich Herr Lofowski, der Oberführer der KPD. Sein Urteil über die KPD lautet: "Meite! Als Zeugen dafür haben wir die "Internationale Pressekorrespondenz", das parteiamtliche Organ der Reintirer. Es berichtet in seiner Nr. 116 vom 11. Dezember 1931 über die achte Tagung des Generalrates der KPD, am 7. und 8. Dezember 1931 in Moskau:

„Ueber den organisatorischen Stand der RGO-Sektionen erklärte Genosse Losowski, daß... das Reg der unteren Organe und die Arbeit in den Betrieben bis auf den heutigen Tag die größte Schwäche aller RGO-Sektionen ist. Wir müssen ein bedenkliches Zurückbleiben hinsichtlich unseres Einflusses feststellen... Die Arbeit in den vorhandenen Verbandssektionen ist viel zu schwach... in den reformistischen Gewerkschaften immer noch schlecht...“

Man bedenke: der Bericht ist für die Öffentlichkeit zurechtgemacht, dementsprechend getönt, frisiert. Sicher hat Losowski Generalschau und -kritik ein noch viel trostloseres Bild geliefert als in dem obigen Bericht enthalten ist. Aber offene oder frisierte Kritik, keine wird der RGO. Erfolge oder gar Siege bringen, wenn man nicht in Schwächung der Arbeiterchaft, in Niederlagen Erfolge und Siege sehen will. Die RGO-Politik hat selbst in den Reihen der RGO-Mitglieder und gelegentlichen Mitglieder keine innerlich überzeugten, begeisterten Anhänger. Man darf gegen Parteibefehle kein Wort der Kritik wagen, man schweigt und verhält sich — wie Losowski bezeugen muß — passiv. Die RGO lebt eigentlich nur noch von der Konkurrenz mit den Nazis — im Schimpfen auf die „kapitalistischen“ Gewerkschaften. Ist erst die Hakenkreuzpest überwunden, der Nazispit vorbei, dann wird man auch die RGO. — lang- und klanglos zu Grabe tragen. Das mag für jeden Klassenbewußten, nicht wankelmütigen Gewerkschafter ein Trost sein, die Schwäger, Phrasen, die Kaffeerevolutionäre werden wie Spreu auffliegen, der Klassenbewußte Gewerkschafter wird weiterkämpfen und siegen.

Erlebnisse beim Beitragstaxieren

Ein Kollege, der schon mehrere Jahre als Beitragstaxierer tätig ist, schickt uns im folgenden die an einem Sonntag bei der Beitragstaxierung gewonnenen Eindrücke. (Schriftleitung.)

Da die Kollegen im allgemeinen recht weit von einander entfernt wohnen, bestieg ich mein Stahlrohr, um noch am Vormittag fertig zu werden. Nach 20 Minuten Fahrt landete ich beim ersten Kollegen. Als Begrüßungsworte höre ich: „Na wie schaut's, wird's nicht bald besser mit der Arbeit, wie viel Kollegen sind noch beschäftigt?“ Während ich die Zeitung auspacke und die Karten in das Mitgliedsbuch lege, gebe ich auf die gestellten Fragen Auskunft. Mir dünkt, als ob der Kollege es als Trost empfand, daß er wenigstens nicht allein arbeitslos ist.

Der nächste Kollege repariert gerade seine alten Schuhe und versichert, daß es ihm eine Genugtuung sei, wenigstens etwas zu arbeiten, denn vom Herumliegen in der Stube würde er krank. Gehe er in den Ort, locken die Schaufenster, so daß er immer daran erinnert werde, wie wenig Geld er habe. Ich rate ihm, er soll doch am Rhein oder im Wald spazieren gehen und dann eventuell das angenehme mit dem nützlichen verbinden, und sich einen Ruckel voll Abfallholz mitbringen.

Dann komme ich zu einem Jungkollegen. Seine Mutter erzählt mir, daß der Junge schon wieder aussehen muß, ohne daß er die ihm zustehende Vergütung erhält, und fragt, ob wir nichts dagegen unternehmen können. Ich versichere, daß wir versuchen werden, dem Jungkollegen zu seiner Vergütung zu verhelfen.

Der nächste Kollege hilft seiner jungen Frau die Waschmaschine drehen und begrüßt mich gleich mit der Mitteilung: Heute kann ich keine Marke fleben, denn diese Woche war die Miete zu bezahlen. Es langt nicht mal zum Päckchen Sabal. Auch seine Frau mischt sich ins Gespräch und meint, es hat gar keinen Zweck, daß mein Mann noch im Verband ist, denn er ist schon bald zwei Jahre arbeitslos. Er kann auch keine Versammlungen besuchen, denn er hat nicht mal das Geld für ein Glas Bier. Darauf erwidere ich, daß wir demnach alle aus dem Verband austreten müßten, denn wir sind alle schon lange erwerbslos. Unsere Fahnenflucht sei aber sicher das Allerverfehrteste, denn wer solle dann für unsere Forderungen eintreten. Die Zeitung, die wir jede Woche erhalten, sei schon allein die 10 Pfennig wert. Auch könnten sich die Kollegen in der Gewerkschaftsbibliothek Bücher holen, ohne eine Leibgebühr zahlen zu müssen. Im Volkshaus bestebe kein Bierzwang, so daß die Kollegen auch dann in eine Versammlung gehen könnten, wenn sie kein Geld für Bier oder andere Getränke ausgeben wollen.

In der Hoffnung, daß ich bei der nächsten Kassierung eine bessere Stimmung antreffe, fahre ich zu einem andern Kollegen. Dessen Mutter erzählt mir, daß die Rente ihres Mannes laut Notverordnung gekürzt wurde und beschuldigt die Gewerkschaften der Mittäterschaft. So gut ich es vermag, lese ich ihr auseinander, daß diese Vermutung falsch ist, und jeder Grundlage entbehrt. Ich erkläre ihr, daß die Gewerkschaften die gesamten Mitglieder sind, die selbstverständlich immer eine Verbesserung ihrer Lebenslage anstreben. Tatsache sei auch, daß trotz aller Hege und Wählarbeit gegen die gewerkschaftlichen Organisationen mancherlei fruchtbare Arbeit geleistet werden konnte. Die Frau sah ein, daß ihre Auffassung irrig war.

Dann kam ich wieder zu einem Jungkollegen, der sofort nach beendeter Lehrzeit erwerbslos wurde und von seinem alten Vater, der Invalide ist, ernährt wird. Die Wohljahrt lebte bisher jeden Unterstützungsantrag ab. Der Kollege stellt immer dieselben Fragen: ob es nicht bald besser wird, wenn die Arbeit los geht, ob er nicht bald damit rechnen könne, wieder irgendwo unterzukommen. Leider kann ich ihm nichts versprechen.

Der nächste Kollege hilft seiner Mutter, die Witwe ist, Kartenschalen. Er erzählt mir, nächste Woche hat die Nachbarin Arbeit für mich, dann kann ich auch die fehlenden Marken fleben. Bei den 4.20 M Wohljahrtunterstützung pro Woche ist es kaum mehr möglich, die 10 M Beitrag pro Woche anzubringen.

Die Frau des nächsten Kollegen, die ich ansuche, er-

Das Ergebnis der Betriebsratswahlen



Die politischen Wahlen des Jahres 1931 brachten immer wieder ein Abschwenken weiter Kreise zu den radikalen Flügeln. Die Ursache dafür war die fortschreitende Wirtschaftskrise, die immer mehr ansteigende und sich schlimmer auswirkende Arbeitslosigkeit. Dies beweisen auch die Ergebnisse der Betriebsratswahlen, wie wir sie auf dem Bilde nach Angabe der freien Gewerkschaften dargestellt haben. In der Darstellung sind etwa ein Drittel der noch in den Betrieben Beschäftigten erfasst. Die Statistiken der christlichen Gewerkschaften haben ungefähr das gleiche Ergebnis gebracht. Auch die einen viel kleineren Kreis von Arbeitern umfassenden Zahlen des Arbeitgeberverbandes geben ungefähr gleiche Verhältnisse. Man sieht bestätigt, daß den Nationalsozialisten ein Eindringen in die Front der Arbeiter gelungen ist, und daß derjenige Arbeiter, der im Betriebe, wenn auch verkürzt und zu niedrigerem Lohn arbeitet, weiterhin treu zu seiner Gewerkschaft steht. Man kann sogar sagen, daß heute ein großer Teil der Arbeiter erst einsieht, was die Gewerkschaften für die Arbeiterschaft im letzten Jahrzehnt erreicht hatten. Die Radikalisierung der Betriebsräte ist also bis heute von keiner Seite her geglikt.

jählt mir, daß ihr Mann außerberufliche Arbeit habe, aber nur 63 J pro Stunde erhält bei einer Arbeitszeit von 40 Stunden. Er hat sie angenommen, um eine neue Anwartschaft in der Alu zu bekommen. Die Frau ist erfreut, daß ihr Mann wenigstens wieder einmal in Arbeit steht, einmal, weil er doch etwas mehr mit heimbringt als wenn er nur Unterstützung erhält, dann aber auch, weil er tagsüber aus dem Hause ist. Sie meint: „Wenn man den ganzen Tag mit vier Personen auf einem Zimmer hockt, dann wird man verrückt.“ Ich betrachte mir unauffällig den engen Raum, angefüllt mit Möbeln und sonstigen Utensilien, den schmalen Gang von der Tür bis zum Herd und um den Küchentisch herum. Sauge den Duft ein, der gerade vom Heringsbraten ausströmt und kann der Frau gar nicht so unrecht geben, denn es ist bestimmt kein Vergnügen, mit vier Personen in einem solch kleinen Raum zu wohnen.

Der nächste Kollege ist nicht zu Hause. Seine Mutter berichtet mir, der Junge ist den ganzen Tag fort um Arbeit zu suchen, denn er meint, es müßte sich doch einmal Arbeit austreiben lassen. In der ganzen Umgebung existiert kein Meister mehr, den er nicht schon mehrmals wegen Arbeit angesprochen hat, leider immer vergebens. Die Frage der Mutter: „Könnt ihr dem Jungen keine Arbeit verschaffen?“, kann ich leider nicht bejahen. Ich erzähle ihr aber, daß der Verband durch eine Werbaaktion schon sehr viel versucht hat, um die Arbeit in Fluß zu bringen, daß es bestimmt nicht am guten Willen liegt, wir aber leider am Kern der Arbeitslosigkeit nichts zu ändern vermögen.

Der nächste Kollege erzählt mir, daß er jetzt 14 Tage bei einem Meister gearbeitet hat, nun geht er wieder stempeln; aber er hat die Hoffnung, daß er nach einigen Wochen wieder ein bis zwei Wochen arbeiten kann. Er glaubt, dann wenigstens die rüchthändige Miete zahlen zu können, damit er nicht noch aus seiner Wohnung herausgesetzt wird. Mit einem Glückauf zum baldigen Arbeitsbeginn rade ich zu einem andern Kollegen.

Bei diesem sieht es fast wie in einer Schreinerwerkstatt aus. Schon beim Eintritt schlug mir der Geruch von frischem Holz und Leim entgegen. Ein Bruder des Kollegen, der auch schon lange erwerbslos ist, hat sich zum Laubsägespezialisten entwickelt. Es stehen allerhand fertige Arbeiten herum, die mit viel Geduld und Mühe sauber ausgeführt sind. Die hier wohnenden beiden jungen Leute bringen ihre freie Zeit recht nutzbringend und doch auch unterhaltend herum.

Dann traf ich wieder die Mutter eines Kollegen, die mich zwar nicht unfreundlich empfing, deren schlechte Laune ich aber doch merke. Auf meine Frage, wo der Sohn steht, antwortet sie: der ist wie immer entweder paddeln oder beim Nachbar Karten spielen. Sie meint, die Zeit ist nicht mehr zu ertragen. Die großen Jungens, stark wie die Bäume, liegen den ganzen Tag zu Hause und wissen vor Langeweile nicht was anzufangen. Als sie jung war, hätte es das nicht gegeben. Sie habe von morgens früh bis abends spät und auch noch des Sonntags bis Nachmittag schuften müssen. Jetzt stehe die Welt auf dem Kopf. Die Jungen seien ohne Arbeit, und nur noch einige Alte hätten Beschäftigung. Die Jugend reiße Schuhe und Kleider kaputt, ohne Geld für neue Bekleidung zu haben. So gut ich es vermag, nehme ich die Jungen der Frau gegenüber in Schutz. Man könne die frühere Zeit nicht mit der heutigen vergleichen. Die Jugendlichen möchten gerne arbeiten, sie könnten aber leider nirgends unterkommen.

Beim nächsten Kollegen sieht es sehr böse aus. Die Frau liegt im Krankenhause, er muß das Kind betreuen, die Wohnung sauber halten, kochen, waschen usw. Dieser Kollege hat keine Zeit, zu klagen, er hat viel Sorgen und Arbeit. Mit einem freundlichen Gruß an seine Frau geht's weiter zum nächsten Kollegen. a. Harbohan, Samborn.

Rechnais: Wo sind sie hin?

In den vorhergehenden Artikeln wurde das Thema schon eingehend behandelt, doch kamen wohl nur zwei Kollegen aus der Großstadt zum Wort. Es drängt mich deshalb, die Dinge einmal zu schildern, wie wir sie von der Provinz aus sehen. Wie in ländlichen Gegenden überhaupt viel schwieriger für die Gewerkschaftsbewegung zu arbeiten ist als in der Stadt, so geht es hier auch in der Jugendbewegung langamer vorwärts. Es bedeutet schon einen Erfolg, wenn in kleineren Filialen und Zahlstellen überhaupt Jugendgruppen bestehen. Die Arbeit kann, da sich beim besten Willen oft nicht die geeigneten Kräfte finden, teils auch gar nicht vorhanden sind, natürlich nicht so erfolgreich sein wie in der Großstadt. Wenn dann noch eintritt, was Kollege Klemm schilderte, ist das für die Kollegen, die in der Jugendfrage arbeiten, sehr schwerlich. Aber ich glaube, es ist doch nicht ganz so, wie Kollege Klemm es darstellt. Ich wurde zum Beispiel,

weil ich durch die Arbeiterjugendbewegung gegangen bin, von den Kollegen in Schweidnitz zum Jugendleiter gewählt. Einige als Leiter unserer Malerjugend gemachten Erfahrungen will ich hier schildern.

Anfangs war über die Mitarbeit der älteren Kollegen nicht zu klagen. Es gelang uns daher, eine zahlenmäßig recht starke Jugendgruppe auf die Beine zu bringen. Doch es war kein Jahr vergangen und die Arbeit ließ nach bei den jungen und auch bei den älteren Kollegen. Jungkollegen, die erst zu den Begeisterteren gehörten, verschwanden einer nach dem andern aus der Gruppenarbeit und waren bald nur noch zahlende Mitglieder. Zum Teil war der Mißerfolg auch auf die Schwierigkeiten finanzieller Art zurückzuführen, auf die Raumfrage usw. Trotzdem konnten wir feststellen, daß unsere Arbeit nicht vergeblich war. Bald tauchten nämlich jene Jungkollegen, die sich an unsern Abenden nicht mehr sehen ließen, in andern Jugendgruppen der Sportvereine usw. auf. Schlimmer wurde es, wenn die Jungkollegen aus dem Lehrverhältnis ausschieden, denn da waren sie mit ganz wenigen Ausnahmen für uns verloren. Mit Mühe und Not gelang es, einige bei der Organisation zu halten. Es trat eben der Umstand ein, den ein Kollege in Nummer 7 des „Maler“ treffend schilderte. Die Jungkollegen gingen fast ausnahmslos ihren Privatinteressen nach. Doch dies wurde wieder anders. Ein großer Teil der Kollegen, soweit sie am Ort blieben, fand bald den Weg zur Organisation zurück. Durch lange Arbeitslosigkeit und Not wurden sie sich ihrer Klassenlage mehr bewußt als durch Vorträge usw. in der Jugendgruppe. Heute, da ich selbst die Leitung der Zahlstelle in den Händen habe, muß ich feststellen, daß fast alle früheren Mitglieder der Jugendgruppe bei uns als Funktionäre tätig sind. Nur ganz wenige sind im gegnerischen Lager zu finden. Gewiß, es mag zutreffen, was Kollege Klemm behauptet, daß die meisten der jüngeren Kollegen nicht so aktiv sind wie es notwendig wäre, aber diese Tatsache ist bestimmt nicht die Schuld der alten Kollegen. Hier warteten die älteren Kollegen förmlich darauf, den jüngeren Kollegen die Organisationsarbeit zu überlassen. So kommt es, daß fast sämtliche Funktionäre unserer Zahlstelle im Alter von 19 bis 26 Jahren stehen. In den uns benachbarten Zahlstellen ist es ähnlich. Und die andern, die in unsern Versammlungen fehlen, sehen wir fast ausnahmslos aktiv, oft als Funktionäre in Sportorganisationen und im Reichsbanner. Ist das kein Erfolg unserer Arbeit? Ich möchte die Ausführungen des Kollegen im Artikel in Nummer 7 des „Maler“ unterstreichen. Ich meine, daß diese Kollegen später unsere aktivsten Funktionäre sein können, auch wenn sie heute scheinbar interesselos gewerkschaftlichen Fragen gegenüberstehen. Wir sollten über unsere Berufsorganisation hinaus auch das große Ganze der modernen Arbeiterbewegung sehen und daran denken, daß uns die Arbeit, die wir an den jüngeren Kollegen leisten, auf irgendeine Weise zugute kommt.

Unsere Gegner behaupten, die Jugend sei im Lager der Nazis zu finden! Die Tatsachen beweisen aber, daß es wesentlich anders ist. Der natürlich vorhandene Gegensatz zwischen jung und alt läßt sich nicht durch Diskutieren aus der Welt schaffen, sondern nur durch verständnisvolles Zusammenarbeiten. Ich glaube, dem steht oft auch gegenseitige Voreingenommenheit im Wege. Es ist selbstverständlich, daß man junge Kollegen nicht zum Betriebsrat, in die Tarifämter usw. wählen kann, aber für die Organisations- und Agitationsarbeit sind sie oft gut zu gebrauchen. Kein älterer Kollege wird sich sträuben, einen jüngeren Kollegen als Kassierer, Schriftführer usw. anzuerkennen, wenn er sich Mühe gibt und den Posten richtig ausfüllt. Wenn auch unsere Jugendarbeit nicht allen Erwartungen entspricht, die wir auf sie gesetzt haben, so ist sie doch nicht ohne Erfolg geblieben. Und wir werden und müssen sie fortführen, um dem Gegner zu zeigen, unsere Jugend steht bei uns, wo sie klassenmäßig und auch verstandesgemäß hingehört, bei den Gewerkschaften und in der sozialistisch orientierten Arbeiterbewegung. D. Prause, Schweidnitz.

An die Alten

Angeregt durch den Artikel in der Nummer 6 des „Maler“: „Wo sind sie hin?“ und als einen Beitrag zu dieser Frage schickte uns Kollege Erich Wähner, Liegnitz, ein Gedicht, das zwar nicht formvollendet ist, aber einen guten gedanklichen Kern enthält. Wir lassen hier die letzte Strophe seines Gedichtes folgen: Kollegen, ihr, die Alten, erkennet den Ernst der Zeit; nur durch Kampf den Sieg wir erhalt... eure Jugend, sie ist bereit.

Alle gewerkschaftlich organisierten Frauen und Männer gehören auch in den Konsumverein. Darum werdet Mitglied!

Unterhaltungswissen

Guten Tag, Frau Mayer!

Also, Herr Du. Sie gehen heute in die Hamburgerstraße 25, in die Eisenbahnersiedlungsbauten zu Mayers. Wissen Sie, Mayer (nicht mit e-i, wie Eier, sondern mit a-y, wie Mayer). Dort ist eine Küche und eine Stube zu machen.

Also Mayer mit a und mit Ppsilon. Das ist doch eigentlich und im Grunde genommen widersinnig, ja widersinnig. Wie kann bloß ein richtiggehender Meister Mayer mit a und noch dazu mit Ppsilon heißen. Das ist doch wirklich wert, die Sterne und das Horoskop zu befragen, doch hatte ich leider dazu keine Zeit.

Da plötzlich stieg mir die Sonne der Erkenntnis auf. Die Unabänderlichkeit des Vorhandenseins und des widerspruchsvollen Scheins Mayer mit Ppsilon mußte noch eine andere Bewandnis haben. Ich hatte vor ungefähr acht Jahren in der Hamburgerstraße und noch dazu merkwürdigerweise in der 25 gearbeitet. Damals blühte die Siedlung noch in unbenutzter Jungfräulichkeit. Richtig, da zogen auch Mayers mit Hurra und Ppsilon in das verwunschene Schloß ein.

Also, da hatte ich, der ruhelose, umherziehende und niemals Nebenbleibende Fliegenleim höchstwahrscheinlich das seltene Glück meine ehemalige Kunst in höchst eigener Person wieder zu vernichten.

Für Mayers hatte damals der Einzug einen Haken gehabt, nicht vom Ppsilon, sondern von einer anderen, höchst originellen Art.

Herr Mayer ist Lokomotivführer und steht auch absolut nicht wie ein Meister, oder Affordmaurer sagt man zu jowas im schönsten Hochdeutsch, aus, sondern wie ein richtiger Lokomotivführer eigentlich nur aussehen kann. Groß, breit und mit einem achtunggebietenden Schnurr- und Spitzbart und vor allem immer unter Dampf. Sein Koks-Ofen, die Pfeife, geht ihm nie aus. Nur ärgert ihn, daß er diesen Verbrennungsmotor immer selbst ausschladen muß.

Ja, ja, ich entsinne mich der eigenartigen Einzugsouvertüre noch ganz deutlich. Mit Mayers, die in die erste Etage zogen, hielten gleichzeitig Meiers in die dritte Etage ihren festlichen Einzug. Herr Meier mit e-i war Bahnhofsauhilfsassistent und zog gemäß seiner gehobenen Stellung auch in die höhere und höchste Etage. Bei dem Einziehen rannten nun die Möbeltransporter von Mayers mit denen von Meiers unerbittlich zusammen und das Ergebnis dieses Sportler-Unglücks war folgerichtig auf dem Buffet von Meiers wunderbar wiedergegeben.

Anstatt sich nun über die naturgetreue Abbildung zu freuen, kam Frau Meier mit e-i die Treppe heruntergewirbelt und machte der Frau Mayer eine Szene, aber richtig mit Ppsilon.

Frau Mayer mit Ppsilon, die ja nichts dafür konnte, bedauerte die Havarie sehr und ließ in richtiger Würdigung des entstandenen Schadens so nebenher zwischen durch fallen, daß es ihr doppelt leid tat, da ja schließlich die Möbel von Meiers mit e-i erst unter Schwierigkeiten neu erstanden worden wären. Sie fügte dem Bedauern noch hinzu: „Wir haben es ja Gottseidank geschafft und sind glücklich in Beamtenstellung und man weiß ja wie schwer es für jeden im Anfang ist bei dem geringen Einkommen und so.“

Diese doch gewiß gut gemeinten Andeutungen reizten aber die Frau Meier mit e-i derartig, wie den Stier das rote Tuch, so daß sie aufzufuhr, als wäre sie von ihrem Buffet höchst eigenhändig ins Bein gebissen worden.

„Was bilden sie sich denn eigentlich ein, Frau Hilfslokomotivenunterführer, wir müssen doch ganz andere Ansprüche an unser wertvolles Leben stellen als wie sie, die bloß Ofenröhren ausschladen.“ Und immer wüthender werdend, fuhr sie fort: „Das ist ja eine geradezu unerhörte Insubordination und die Unverschämtheit brauchte sie sich als Frau Bahnhofsvorstandsüberhilfsassistent keinesfalls gefallen lassen und überhaupt mein Mann ist tausendmal mehr als ihr Essentehrer, wenn mein Mann nicht das Zeichen gibt, kann ihr Mann gar nicht abfahren.“

Und damit fuhr sie ab und auf uns arme Maler los, die ausgerechnet heute Türen, Fenster und das Geländer im Treppenhaus nur zu dem Zwecke anschmieren täten, damit sie sich in ihren baumwollseidenen Anterröcken vor Delfarbenflecken nicht retten könne. Na, sie würde es uns schon anstreichen. Darauf erwiderte der Emil, unser Stief, daß das unlauterer Wettbewerb wäre. Sie wollte schon von neuem loslegen, erkannte aber an unseren Miene, daß es ratsamer sei, sich in die Siegfriedstellung zurückziehen. Dafür legte sie aber im echten Vergeltungsdrange bei unserm ehrerbietigen und leider unvermeidlichen Abschiede das Trinkgeld unter den Abtreter, wo es der Milchmann schon vorher weggenommen hatte.

Das war das Einzugsfest in die A-y- und E-i-Meierei. Und mit einem Seufzer aus a-y und e-i ergab ich mich in mein Schicksal, nahm die siebensprossige Leiter auf die Achsel und das Musterköfferchen in die linke Vorderflosse und ging Mayers besuchen.

Erwartungsvoll drückte ich auf den Lokomotivführerknopf und die Fahrt konnte beginnen, ohne daß Meier das Zeichen gab. Die Tür ging auf und vor mir stand die alte, gute Frau Mayer mit ihrem Ppsilon.

„Guten Tag, Frau Mayer“, stieß ich mit fröhlicher Dampftraft hervor. Die Leiter hatte ich vorher in die Ecke gelehnt und konnte sie diese natürlich nicht bemerken.

„Wir brauchen nicht“, sagte sie ärgerlich über die frühe Belästigung und plautzte die Tür wieder zu. Da fand ich nun aus allen Himmeln und in die Dachrinne gefallen.

„Das nügt aber alles nicht“, sagte ich mir und klingelte ein zweites Mal. Wieder wurde die Tür geöffnet.

Als mich die Frau Mayer abermals erblickte, fuhr sie mich an: „Verdammich noch amal, ich hab Sie's doch gesagt, mir brauchen nicht.“

Aber meine gute Frau Mayer mit Ppsilon, ich will Sie doch nicht nicht verlocken, ich bin doch der Maler, der ihre Küche und Stube machen soll. Wissen Sie, Frau Mayer, ich bin derselbe Maler, wie vor acht Jahren, bloß acht Jahre älter.“

Und wie ich das sagte, das von dem Maler, da ging ein Märzsonnenschein über ihre Lokomotive und der Türspalt wurde größer. Doch gleich darauf kam der April-

Die ersten Minuten sind die wichtigsten!

Bei jeder Unterweisung in der ersten Hilfe wird stets darauf hingewiesen, daß man lieber erst genau überlegen, sich genauestens orientieren, Rettungsstelle, Arzt usw. benachrichtigen soll, ehe man durch falsche unsachgemäße Hilfe womöglich Schaden anrichtet. Ein Fall aber, in dem sofort zugegriffen werden muß, ist der Scheintod durch elektrischen Schlag.



Beibl. Nr. 474 - des Verbandes der Deutschen Berufsvereinigungen Berlin W 9

nicht erst Arzt oder sonstige Helfer benachrichtigen, nicht auf Sauerstoff oder sonstige Wiederbelebsungsapparate warten, nicht erst Sanitätskolonne herbeirufen, sondern ohne Verzögerung mit der künstlichen Atmung beginnen. Seitlichlegen des Kopfes verhindert Atmungswege. Es ist erwiesen, daß bei elektrischem Scheintod auch nur ein kurzes Hinauszögern der Hilfsmassnahmen Ableben zur Folge haben kann. Andererseits kann sofort einsetzende Hilfe auch scheinbar völlig Leblose wieder zur Atmung und Betätigkeit bringen. Gleichzeitige aber darauf vermieden, daß die Wiederbelebsungsversuche durch künstliche Atmung nötigenfalls stundenlang fortgesetzt werden müssen. Selbstverständlich muß in der das Zurückgleiten der Zunge und die Verstopfung der Zwischenzeit alles getan werden, um einen Arzt herbeizuholen.

„Hauer, indem sie sagte: „Doch, der Maler, warum sind Sie denn nicht gestern morgen gekommen, mein Mann ist ganz ärgerlich uff Sie. Eigentlich sollt ich Sie gar nicht reinlassen.“

„Ja, wenn ich gestern oder morgen kommen soll, ist das was anderes. Na, da leben Sie recht schön wohl, Frau Mayer, grüßen Sie bitte ihren Mann von mir.“ Damit hatte ich meine Utensilien wieder beim Schlawittchen und ging stattdes zur Tür hinein im Eilmarsch die Treppe hinab.

„Wo wollnse denn hin? He! Maler, komme doch bitte ruff, Sie soll'n mir doch meine Küche und meine Stube machen.“

Da ließ ich mich erweichen, machte Kehrt und sagte höflich, wie es der Dienst am Kunden verlangt: „Guten Morgen, Frau Mayer! Herr Mayer steckt den Kopf zur Kammertür heraus. „Guten Tag, Herr Mayer“, beeilte ich mich.“

„Ferdinand, der Maler ist da. Beste Nante, derselbe Maler von vor acht Jahren, der pudge Berl. Der ist wees-knebbchen immer noch so fett. Rechte bloß wissen, was die Dreckschwalben eigentlich fressen, daß sie bei die schlechten Zeiten immer noch wie lebendige Pfannkuchen mit Beene rumloofen.“

Nach diesen unvermeidlichen Begrüßungs- und Wiedersehensformalitäten konnte ich mein Arbeitsgebiet in Augenschein nehmen. Der Zahn der Zeit hatte hier im Verlauf der acht Jahre in Doppelgeschichten genagt. „Bloß acht Jahre und schon so abgenutzt“ lamentierte Frau Mayer. „Ja, sagte ich, acht Jahre ist aber ein langer Schwanz. Denken Sie einmal, meine gute Frau Mayer, was in der Zeit alles passieren kann. Mir hatten bloß vier Jahre Krieg und vier Jahre Hunger und dann vier Jahre in einer Tour Krise, was da alles zum Teufel gegangen ist. Und Ihr Salon steht noch genau so da, bloß daß er elende verrotzt ist.“

Frau Mayer mit Ppsilon zog sich zurück. Von oben packte darauf Frau Meier, mit e-i, wie albern an die Decke und ich packte zur Begrüßung von unten wieder und wusch die Decken und Wände ab. Kurz darauf klingelt es Sturm und ich hörte eine liebevolle und friedfertige Unterhaltung, die mit einem Plaus nachdrücklichst beendet wurde.

Als ich dann Frühstück machen mußte, weil das unser Tarifvertrag ausdrücklich vorschreibt, sah ich Frau Mayer meine Arbeit an.

„Nante, sagte sie, guck dir nur bloß einmal deinen Salon an, wie schwarz der aussieht; jetzt, wo ein Stück abgewaschen ist, sieht man erst, in was für einen Kohlenlasten wir gehaust haben die ganze Zeit. Kein Wunder,

Die Nazis gegen die Gewerkschaften

Die Nationalsozialisten sind stolz darauf, daß sie vollbracht, was das Bürgertum in langen Jahrzehnten nicht schaffen konnte: einzubringen in die Arbeiterschaft und deren Organisationen zu zerstören.“

Gaulleter S a u r e l in einer Versammlung in Meiningen. Wir werden unsere Bewegung in die Betriebe tragen und von dort aus die Gewerkschaften erobern. Dr. Goebbels im „Angriff“.

Auch die Gewerkschaften werden mit Stumpf und Stiel ausgerottet, wenn die NSDAP. zur Macht kommt. Abgeordneter Papenbrock auf dem Thür. Gauplatz.

Die beherrschende Stellung des Arbeitgebers wird auch in Zukunft aufrechterhalten, die Launlegung durch die Schlichtungsinstanzen kann sich kein Arbeitgeber gefallen lassen. Dem Arbeitgeber muß das Aufatmen wieder gestattet sein.

Dr. Wagner, Wirtschaftsreferent im Braunen Haus in München, in einer Rede vor der Schwerindustrie in Essen.

daß meine schönen Gardinen und meine Margaroni-möbel bitter darunter leiden mußten. „Sag ich dir aber! Von nun an wird alle drei Jahre die Wohnung vorgerichtet und wenn ich es dir von der Kasse abziehen muß. Komme nur, Herr Maler, Sie müssen sich zu sehr quälen. Ich hab hier ein bißel Frühstück und een Flasche Bier vor Sie.“

Das ließ ich mir nicht zweimal sagen, griff an und belegte mir meine Margaretensullen mit dem kreitwilligst gepörferten Schinken.

„Na, nehmen Sie nur, langen Sie zu!“ ermunterte sie mit gönnerhafter Miene.

„Aber Frau Mayer, ich hab doch schon drei Stückchen Schinken genommen.“

„Ne, Herr Maler, gab sie zurück, Sie haben schon fünf Stückchen von dem Schinken genommen, aber Sie können ruhig noch een Stückchen nehmen.“

Ich hab nun die Küche und die Stube wunschgemäß auf neu vorgerichtet und bin dann mit einem Päckchen Tabak und etwas Zehrgeld für den Heimweg entlassen worden.

„Also, schreiben Sie sich auf, in drei Jahren pünktlich früh um acht Uhr kommen Sie wieder, ja nicht vergessen,“ rief mir Frau Mayer auf der Treppe nach.

„Sawohl!“ und „Guten Tag, Frau Mayer“, dienerte ich.

Mein Meister machte ein mürrisches Gesicht. Als ich den Gehrling frag, was vorgelassen sei, erzählte mir dieser, daß der Meister wüthend auf mich sei. Er hätte geküßt: „Den Kerl muß ich sobald als möglich wieder raus-schmeißen, den ganzen Tag quatscht er mit der Kundschaft rum und die Arbeit ist Nebensache.“

Obwohl ich das aufrichtig bezweifle, ergibt diese Aeußerung doch ganz eindeutig, daß der liebe Gott die Malermeister nach Feierabend ohne Ueberstundenzuschlag in seinem Zorne erschaffen hat.

Da lobe ich mir denn meine Kundschaft, die nunmehr alle drei Jahre die Wohnung vorrichten lassen will und freue mich schon heute wieder auf den Tag, wenn ich auf den Lokomotivenführerknopf drücken werde und mit höflicher Miene und echter Wiedersehensfreude herausjauchzen kann:

„Guten Tag, Frau Mayer!“ Quietschpinsel.

Ehe und Krise

Im Jahr 1930 betrug in den deutschen Großstädten die Zahl der Eheschließungen 8,7 auf 1000 Einwohner. Sie ist um 1,1 unter den Stand von 1930 und um 1,6 unter den Stand von 1929 gesunken. Die Zeitschrift „Wirtschaft und Statistik“ bemerkt hierzu: „Diese starke Abnahme der Eheschließungen war, ob mittelbar oder unmittelbar, wohl ausschließlich durch die wirtschaftlichen Schwierigkeiten bedingt. Auch soweit sie durch Abwanderung junger, heiratsfähiger Männer aus den Großstädten verstärkt sein mag, ist ihre letzte Ursache allein in der allgemeinen Notlage zu suchen.“ Der Bund fürs Leben kann nicht geschlossen werden, weil die Ehepartner einsehen, daß der Aufbau einer Ehe in einer solchen Zeit unmöglich ist.

Humor

Wie er mit seinem Geld auskommt.

Die beiden Kollegen unterhielten sich über ihre Finanzen.

„Ich weiß nicht, ich kann noch so sparsam sein, mich noch so einteilen, ich komme nie mit meinem Einkommen aus. Wie teilst du es nur ein, kannst du mir das nicht mal erklären?“ meinte Müller.

„Paß auf“, lächelte Schulze, „ich werde dir jetzt erklären, wie ich es mache: Dreißig Prozent gebe ich für die Wohnung aus, dreißig Prozent für Kleidung, vierzig Prozent für Essen und zwanzig Prozent für Vergnügungen.“

Müller schaute ihn überrascht an: „Aber mein Lieber, das macht doch 120 Prozent.“

„Ja, das ist wahr!“ meinte seelenruhig Schulze.

Die teuren Kohlen.

Der kleine Fritz hörte, daß sein Vater über die hohen Kohlenpreise schimpfte. Da meinte er treuherrig:

„Ich würde an deiner Stelle keine mehr kaufen, Vati, wir verbrennen sie ja doch nur!“

Aus unterm Wertpapierleben

Lehrlingshaltung und Gewerkschaften

Unter dieser Ueberschrift befaßt sich die „Malerwarte“, das amtliche Blatt des Landesverbandes Niederjachsen des Reichsbundes, mit einem gleichnamigen Artikel in der Nummer 2 der „Gewerkschaftszeitung“. Dabei ist bemerkenswert, daß man glaubte, in einen, gelinde gesagt, leichtfertigen Ton verfallen zu dürfen; denn nichts anderes ist es, wenn von der „angeblichen Ueberzeugung des Handwerks mit Lehrlingen“ gesprochen wird. Wenn wir auch hinter solchen Bemerkungen das verständliche Bestreben wissen, so zu tun, als ob keine Fehler gemacht und alles in Ordnung wäre, so glauben wir doch, daß ein so schwer danieliegenderes Gewerbe wie das unsrige mehr verantwortliche Haltung und ernstes Bestreben verdient, als sich in solchen Ausdrücken offenbart — auch bei polemischer Haltung gegenüber Gewerkschaften.

Der Ausdruck war aber auch sonst sehr unbedacht, denn der Schreiber der Notiz in der „Malerwarte“ hätte bedenken müssen, daß die Leser seiner Zeilen zum Teil auch den Artikel von Syndikus H. Frinke, Hamburg, im „Deutschen Handwerksblatt“, Heft 2, gelesen haben, in dem dieser über eine Rundfrage berichtet, die der Reichsbund des Deutschen Maler- und Lackiererhandwerks im Frühjahr 1931 bei den Handwerks- und Gewerkekammern vornahm. Das Endergebnis dieser Umfrage ist die Rechtfertigung unserer jahrelangen dringenden Mahnungen, die wir im Interesse des Gewerbes erhoben haben, und die, wie hier bewiesen wird, leider nicht beachtet wurden. Gleichzeitig ist die Tatsache der Steigerung der Lehrlingszahl von 47 283 im Jahre 1927 auf 52 595 im Jahre 1931, die Tatsache, daß jährlich 14- bis 17 000 Lehrlinge unseres Gewerbes auslernen, ein eloquenter Beweis für die Ueberzeugung unseres Gewerbes und eine gründliche Abstrafung oben gezeichneten Leichtsinns.

Wehr noch scheint uns der letzte Absatz der Notiz in der „Malerwarte“ des Festhaltens wert zu sein. Er bringt nämlich ein bemerkenswertes Geständnis zum Ausdruck, das wir in dieser Offenheit längst vermißt haben. Als wir die sogenannte Jungmalerbewegung richtig als gelbe Organisation kennzeichneten, da wollte man das auf Arbeitgeberseite nicht wahr haben. Schlechten Gewissens half man sich auf verschiedene Weise: mit gegenteiligen Versicherungen, mit gespielter Entrüstung und geistreich sein sollenden Entgegnungen. Nunmehr aber ist die Karte aus dem Saal. Die angezogene Stelle lautet: „Bekanntlich hat sich die deutsche Jungmalerbewegung zum Ziel gesetzt, den marxistisch-gewerkschaftlichen Einfluß innerhalb der Handwerkswirtschaft zurückzudrängen und dafür ein handwerkstreues Gesellentum zu schaffen. In diesem Zweck ist es erforderlich, daß die von den Jungmalerbänden gebildeten Lehrlingsgruppen tatkräftig vom Altstandwerk unterstützt werden.“

Solche Offenherzigkeit ist, ungeachtet dessen, was sie äußert, stets dankenswert. Schafft sie doch die so dringend notwendige Klarheit und Reinlichkeit der Atmosphäre der Auseinandersetzung der sozialen Gruppen. Dafür kann man dem Verfasser verzeihen, daß er unkritisch das Rodewort vom Marxismus gebraucht. Man verdenkt es ihm dann auch nicht, daß er nicht klüger ist als die andern und gleichfalls gegen die Wahrheit der Tatsache verstoßend, die Handwerksmeister allein das „Altstandwerk“ sein läßt. Wir wollen aber ihm und allen, die es angeht, erwidern, daß der Begriff vom handwerkstreuen Gesellentum seine Geschichte hat und eindeutig unrißig ist. Jedes unserer Mitglieder weiß, was es darunter zu verstehen hat — und damit ist den Bestrebungen der Arbeitgeber um die „Jungmalerbewegung“ die Grenze gezogen. Wir gestehen, daß uns nunmehr der Kampf um den Lehrling etwas leichter werden wird, denn außer uns gab es immer noch Personen und Kreise, die sich täuschen ließen. Das ist nunmehr vorbei.

Dresden. In der letzten gut besuchten Mitgliederversammlung gab der Vorsitzende, Kollege Schulze, den Bericht über das Jahr 1931. Eingangs ehrte die Versammlung 29 Kollegen, die im Jahre 1931 verstarben. Hierauf feierte Kollege Schulze die 31. Verbandsjubilare, die eine 25jährige Mitgliedschaft beenden konnten.

Zur allgemeinen Lage führte der Redner folgendes aus: Im dichtbevölkerten Sachsen war die Arbeitslosigkeit mit am schlimmsten. Während im Reich auf 1000 Einwohner am Jahresende 84,1 Erwerbslose kommen, sind es in Sachsen 121,7. Die Alts-Gewerkschaften in Sachsen vertingerten sich zwischen Jahresanfang und Jahresende von 26 000 auf 133 000, die Krüdenunterstützten stiegen von 144 065 auf 162 593 und die Wohlfahrtsempfänger von 114 787 auf 207 284. Diese furchtbaren Elendszahlen waren für die Unternehmer das Signal zum Lohnabbau. Es gelang ihnen auch in drei Etappen einen empfindlichen Lohnabbau zu erreichen, den letzten auf Grund der vierten Notverordnung. Diese Notverordnungs- und Lohnabbaupolitik führte aber nicht aus dem Elend heraus, sondern verstärkte die Katastrophe. Politisch sind die Fronten klar abgegrenzt. Jeder Gewerkschaftscollege muß sich in die Abwehrfront gegen den Faschismus einreihen.

Im Fiskusgebiet war viel Arbeit zu bewältigen. Grundsätzlich des Lohnablaufes im Frühjahr wollten unsere Arbeitgeber einen Abprozentigen Lohnabbau durchzuführen. Der Schiedsgericht lautete auf 10% Abbau. Darüber waren die sächsischen Arbeitgeber so erbost, daß viele Lohnungen offenen Tarifbruch begingen und es unseres Landes Einzelfall bedurfte, um die Anerkennung des Tarifs zu erzwingen. Durch die vierte Notverordnung wurde dann der Lohn um weitere 7 1/2% auf 112% in Dresden gesenkt. Nun rufen die sächsischen Malermeister bereits zu neuem Lohnabbau.

In der Industrie, an deren Löhnen unsere Lackiererkollegen interessiert sind, vollzog sich der Lohnabbau in ähnlicher Weise wie im Malergewerbe. Da aber hier neben den tariflichen Löhnen auch eine weitgehende Kürzung der Akkordlöhne einsetzte, sind teilweise Lohnkürzungen bis zu 40% zu verzeichnen. Die Lackiereraktion umfaßt 503 männliche und 30 weibliche Mitglieder. 260 männliche und 10 weibliche Mitglieder wohnen in Dresden. Die Arbeitslosigkeit unter den Lackierern ist gewaltig. Die wenigen noch im Berufe stehenden Lackierer arbeiten zum größten Teil schon jahrelang nur zwei oder drei Tage in der Woche. Zwei Streiks entbrannten. Der Streit in Sellaerau ging aber wegen der vielen Streikbrecher verloren. Die Streikenden, darunter mehrere Lackierer, sind heute noch erwerbslos. Der Streit in Wilsdruff hatte einen günstigeren Ausgang. — Hauterkrankungen traten in fünf Fällen auf und bewirkten bei einigen Kollegen monatelange Erwerbsunfähigkeit. Ein Fall wird gegenwärtig durch die Organisation beim Oberversicherungsamt vertreten, um dem Kollegen zur Unfallrente zu verhelfen.

Durch die katastrophale Wirtschaftskrise trat ein Mitgliederrückgang von zirka 6% ein. Im Vergleich zu

Die **Mobilmachung** ist beendet!

Die Eisene Front steht:
kampfbereit, abwehrbereit, siegesgewiß!

Millionen demonstrieren und sind bereit zu kämpfen für die demokratische Republik, für Freiheit und Recht, für Brot und Menschlichkeit!

Bist auch Du schon dabei?

früheren ähnlichen Krisen ist der Mitgliederrückgang gering. Mit 2929 Mitgliedern, darunter 30 Frauen, schloß das Jahr ab. Die Agitationsarbeit litt natürlich unter der Arbeitslosigkeit. Aufgesuchte Anorganisierte erklärten sich zum Eintritt bereit, wenn sie Arbeit hätten. Gewerkschaftsgegner gibt es hier kaum noch. Unser Hauptaugenmerk legten wir auf die Verbindung mit den organisierten Kollegen, wobei wir guten Erfolg hatten. Flugblätter wurden drei und allgemeine Rundschreiben ebenfalls drei herausgegeben.

Die Generalversammlung in Breslau wurde von den Kollegen Fieber, Riesa, Lehmann, Freital, Schulze und Stallbaum, Dresden, besucht. Beiratsmitglied ist der Kollege Stallbaum.

Beim Gewerbeaufsichtsamt mußten 16 Anzeigen wegen Arbeitszeiterückhaltung und Sonntagsarbeit erfolgen. — Fünf Berufsunfälle wurden gemeldet. — Das Versammlungsleben war trotz großer Arbeitslosigkeit ein reges und der Besuch der Versammlungen bis auf Ausnahmen befriedigend. — Es erfolgten 9596 Postausgänge und 2439 Eingänge. Im Büro wurden 29 357 Handzettel und Rundschreiben angefertigt. Im Ortsarbeitsamt Dresden fanden sechs Sitzungen statt, in denen 34 Beschwerdefälle erledigt wurden. An zuwenig gezahlten Löhnen wurden im vergangenen Jahre vom Ortsarbeitsamt 230,68 M eingezogen. Durch unsere Einwirkungen konnten die Kollegen 232,20 M unmittelbar von ihren Arbeitgebern ausbezahlt erhalten.

Schmutzkonzurrenz und untertarifliche Entlohnung bildeten den größten Teil der Beschwerdefälle, ein Beweis, daß die niedrigen Preise auf Kosten der Gehilfenschaft gehen. Welche Rechenkünster unsere Arbeitgeber sind, beweist eine Abgabe der Unkostenberechnung bei städtischen Arbeiten durch zirka 300 Malermeister, die haarsträubende Resultate zeitigte. Daß bei den gewaltigen Berechnungsdifferenzen niemand mehr das Malergewerbe ernst nimmt, ist verständlich. Des weiteren beschäftigte sich das Ortsarbeitsamt mit Arbeitsbeschaffung, Vermittlungsfragen usw.

Am Arbeitsamt wurden 48 Einsprüche schriftlich erledigt oder persönlich vertreten, in 42 Fällen hatten wir Erfolg. Außer diesen wurden viele Einsprüche telephonisch erledigt, fast reiflos zugunsten der Erwerbslosen.

Für die Arbeitsvermittlung durch den Arbeitsnachweis sind wir immer sehr besorgt gewesen. Die Arbeitslosigkeit war das ganze Jahr gewaltig hoch. Während wir im Januar 1931 1421 Erwerbslose zählten, waren es im Dezember 1742. Selbst in den besten Monaten ist die Ziffer nie unter 100 gesunken. Der größte Teil der Kollegenchaft ist Wohlfahrtsempfänger, was beweist, daß die Kollegen lange arbeitslos sind.

Am Arbeitsgericht wurden in 39 Klagenfällen 422,12 M ausgezahlt. In vier Fällen wurden 921 M gepfändet, während in acht Fällen 465 M nicht eintreibbar waren. Drei Klagen führten zum Landesarbeitsgericht, wovon zwei günstig ausfielen. Außergerichtlich wurden 16 Fälle erledigt, wobei die Kollegen 147,60 M erhielten.

Ueber die Jugendabteilung ist nur Gutes zu berichten. Die Bewegung ist lebendig. Trotz vermindertes Lehrlingszahlen wurde der Mitgliederbestand nur wenig verringert. Die Abteilung umfaßt 304 Lehrlinge. Allerdings ist das immer noch wenig gegenüber einer Lehrlingszahl von 861 im Fiskusgebiet. Hier gibt es noch viel zu tun. Es fanden 21 Seimabende und eine Weihnachtsfeier

statt. Besonders die Weihnachtsfeier, verbunden mit einer Ausstellung von Lehrlingsarbeiten und einem von Jugendlichen selbst bestrittenen Programm, war ein Höhepunkt in der Bewegung. 14 Wanderungen und Spiele im Freien wurden durchgeführt. — Der Lehrlingsausschuß mußte in sieben Sitzungen 13 Beschwerdefälle erledigen. Vier Lehrstellen wurden aufgelöst. Am Arbeitsgericht hatten wir sieben Lehrlinge zu vertreten. Bis auf einen Fall wurden alle günstig entschieden.

Aus dem Kassenbericht, der durch den Kollegen Franz vorgetragen wurde, ist zu entnehmen, daß im vergangenen Jahre 42 128 Postmarken und 84 270 (also das Doppelte) Erwerbslosenmarken abgesetzt wurden. Für die Kassenkasse konnte eine Einnahme von 89 275 M und für die Fiskuskasse eine Einnahme von 23 026 M gebucht werden, während die Ausgaben für die Hauptkasse 67 825 M und für die Fiskusliste 28 253 M betrugen. Für Unterstützungen wurden insgesamt 55 043 M ausgegeben. Die Zahl der Unterstützungsfälle hat ganz erheblich zugenommen. Im Jahre 1931 hatten wir 3561 Unterstützungsanträge zu erledigen, die 25 032 Unterstützungstage umfaßten. Nach Beiträgen zählen wir 92% der Listenmitglieder.

Beide Berichte wurden zustimmend entgegengenommen.

Kassel. Am 14. Februar fand im Gewerkschaftshaus unsere Jahresgeneralversammlung statt, die von 60 Vertretern besucht war.

Im Geschäfts- und Kassenbericht wies Kollege Dreuß zunächst auf die schwere Wirtschafts- und Finanzkrise, deren Ursachen und ihre Auswirkungen auf den Arbeits- und Geldmarkt hin, die auch unsern Beruf schwer in Mitleidenschaft zogen. Das beweist ganz deutlich die große und lange Arbeitslosigkeit unserer Kollegen. War diese 1930 schon erheblich, so steigerte sie sich 1931 katastrophal. Kassel, mit dem die Stadt umgebenden Landruckschleppern, nach dem vom Vorstand monatlich veröffentlichten Statistiken, immer um 10% über dem Reichsdurchschnitt. Infolge Stilllegung der beiden Waggonfabriken Crede & Co. und Wegmann & Co. sowie der größten Lokomotivfabrik Europas, Henschel & Sohn, am Ende des Jahres, wo immerhin durchschnittlich noch 150 Kollegen beschäftigt waren, beträgt die Arbeitslosigkeit jetzt 90 bis 95%. Weitaus der Lage unserer Lackiererkollegen verweisen wir auf unsern besonderen Bericht im „Lackierer“. Aus diesen Tatsachen ergibt sich, daß die Berufslage in Kassel außerordentlich schlecht ist. Das trat zunächst beim Markenumsatz in Erscheinung, der um rund 5000 Stück gegenüber 1930 zurückblieb. Von 45 202 Marken wurden alle 28 803 10-3-Marken gelöst, das sind 82%; auf den Kollegen kamen 29 Stück. Trotz der schlechten beruflichen Lage sank die Mitgliederzahl im Jahresdurchschnitt nur um 7,4%, von 1210 auf 1120. Bei der Lehrlingsabteilung war der Verlust größer, er betrug 35%. Die Lehrlingsabteilung sank von 158 auf 102 Mitglieder, was dadurch kam, daß im Oktober 1931 156 Lehrlinge auslerteten und der Ausfall nicht sofort auszugleichen war. Durch eifrige Werbung und Agitation hoffen wir es zu schaffen, sind doch nach einer zuverlässigen Angabe im Stadt- und Landkreis Kassel 560 Lehrlinge vorhanden. Die vielen Lehrlinge sind eine Katastrophe für das hiesige Gewerbe. Schuld an dieser Entwicklung trägt die alte Innungsleitung, die unsern Wünschen auf Verhandlungen in dieser Frage aus dem Wege ging. Mit der am 1. Oktober 1931 in Tätigkeit getretenen neuen Leitung arbeiten wir jetzt auf diesem Gebiete im besten Einvernehmen. Zum Frühjahr soll durch Beschluß der Handwerkskammer eine stark reduzierte Höchstzahl (bisher noch 9) festgesetzt werden. So wird es endlich möglich werden, das hiesige Lehrlingswesen auf eine gesunde Basis zu bringen. An Werbung und Bildung haben wir es im Jahre 1931 unter den Lehrlingen nicht fehlen lassen, das beweist unsere Jugendarbeit.

Die Neuaufnahmen blieben gegenüber 1930 erheblich zurück, sie sanken von 107 im Jahre 1930 auf 49 im Jahre 1931, davon 36 Lehrlinge. Die Werbung unter den Lehrlingen wird erschwert durch die Meister, die immer größere Anstrengungen machen, die Lehrlinge von unserer Organisation fernzuhalten. Wir werden aber nicht locker lassen.

Die Kassenverhältnisse mußten infolge der oben geschilderten Lage stark zurückgehen, was ganz besonders auf die Fiskusliste zurückzuführen ist. Der Kassenbestand beträgt noch 1282,58 M. Der Wohnungsbau war 1931 sehr gering, da die Stadt Kassel die Hauszinshypotheken schon bis Ende 1932 verbaut hat. Auch unsere Bemühungen, gemeinsam mit den Arbeitgebern, besondere Notstandsarbeiten zu erlangen, hatten nur wenig Erfolg. Es kam sogar vor, daß eine größere angefangene Arbeit wegen Mangel an Mitteln wieder eingestellt wurde. Die schlechte Wirtschafts- und Berufslage erforderte natürlich größte Anspannung des Vorstandes und der Funktionäre in Bezug auf Werbung und Agitation, ganz besonders auf Erhaltung der Mitgliedschaft. Infolgedessen waren die Versammlungen aller Art und die Hausaktion in Stadt und Jahrestellen sehr umfangreich. Allen Mitarbeitern gebührt für ihre rege Betätigung besonderer Dank.

Postausgänge waren 3009 zu verzeichnen. Infolge der fortgesetzten Gesetzesänderungen und Einschränkungen, besonders der Arbeitslosen- und Krüdenunterstützung, war die Aufstuferteilung und Vertretung vor den maßgebenden Instanzen weit stärker als im Jahre 1930, besonders der § 107a (Saisonarbeiter) und die Krüdenunterstützung machten viele Einsprüche notwendig, die mit durchschnittlich 70% Erfolg endeten. Viele Einsprüche zu

§ 107a wurden auf Antrag im Verwaltungswege zugunsten der Kollegen entschieden. Weitere Vertretungen erfolgten: 5 am Arbeitsgericht, 5 am Innungsschiedsgericht, 2 am Oberversicherungsamt und 2 am Reichsversicherungsamt. Nach Erörung der im Jahre 1931 Verstorbenen und einem Hinweis auf die Jubilare, kennzeichnete Kollege Preuß die uns gegenwärtig und in Zukunft drohenden wirtschaftlichen und sozialen Gefahren. An den Bericht schloß sich eine rege Aussprache. Dem bisherigen Vorstand wurde das Vertrauen ausgesprochen, er wurde einstimmig wiedergewählt. Dann hielt Kollege Preuß noch einen kurzen instruktiven Vortrag über „Die Aufgaben der Kassierer in den Zahlstellen und Betrieben“.

Koblenz. Die Generalversammlung unserer Filiale wurde am 31. Januar abgehalten. Aus dem Geschäftsbericht, den der Vorsitzende Kollege Adam Mauer erstattete, war zu entnehmen, daß im Jahre 1931 recht schwierige Aufgaben in der Filiale zu erledigen waren. Da die Koblenzer Arbeitgeber einem Verbands nicht angehören, mußten die Lohn- und Tarifverhandlungen örtlich mit den Arbeitgebern durchgeführt werden. Hierbei waren im Frühjahr 1931 große Schwierigkeiten zu überwinden, jedoch wurde zuletzt noch ein Lohnabkommen erreicht. Im September verlangten die Arbeitgeber einen weiteren Lohnabbau. Ihre Forderungen wurden jedoch nach wiederholten Verhandlungen vor dem Schlichtungsausschuß zurückgewiesen. Es verblieb somit bis zum Jahresende bei dem im Frühjahr festgesetzten Stundenlohn von 1,15 M. Kollege Mauer berichtete sodann noch über die sonstige Tätigkeit in der Filiale, insbesondere auf dem Gebiete des Lehrlingswesens und der Arbeitsbeschaffung. Die Vorbereitungen zu einem beruflichen Fortbildungskursus für jugendliche Kollegen sind soweit gediehen, daß sofort mit dem Kursus begonnen werden kann, sobald die Genehmigung vom Landesarbeitsamt wegen der Beurlaubung eintrifft. Die Mitgliederzahl der Filiale ist von 175 auf 146 zurückgegangen. Die Ursachen hierfür liegen im wesentlichen in der schlechten Berufslage begründet. Kollege Ros gab sodann beim Kassierbericht einen Überblick über die Finanzverhältnisse der Filiale. Die Einnahmen der Filiale sind infolge der großen Arbeitslosigkeit erheblich zurückgegangen, dagegen sind die ausgezahlten Unterstützungen höher wie im Vorjahre. Insgesamt wurden 2812,55 M an Unterstützungen ausgezahlt. Der dann folgende Vortrag des Bezirksleiters Kollegen A u t h über die Tätigkeit unseres Gesamtverbandes im Krisenjahr 1931 und unsere Aufgaben im Jahre 1932 wurden mit großem Interesse entgegengenommen. Besonders fanden die Schlusshausführungen des Kollegen A u t h, die gewerkschaftliche Front geschlossen zu halten und dem Ansturm der faschistischen Reaktion gegen die Arbeiterbewegung und die sozialen Interessen der Arbeiterschaft die Eisene Front der Arbeiterschaft entgegenzustellen, starken Widerhall in der Versammlung. Der seitherige Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt. Der gute Verlauf der Generalversammlung hat gezeigt, daß sich die Kollegen von Koblenz, Bad Ems und Mayen ihrer Aufgabe in der jetzigen schweren Zeit bewußt bleiben werden.

Kannst du was, dann . . .

Vor 25 Jahren etwa war es für den jungen Kollegen noch eine erfreuliche und zum Weiterlernen anspornende Angelegenheit, wenn er in einem größeren Betrieb in die sogenannte Deckenmaler-Kolonie eingereiht wurde. Die meisten jungen Maler übten sich wohl in ihren Freistunden im Malen von Blumen, Stillleben, Landschaften usw., um für dieses Ziel fähig zu werden. Ohne allzuviel Wert auf solche Malversuche zu legen (wenn sie zur Erreichung einer gewissen „Künstlerchaft“ getrieben wurden), kann man doch sagen, mancher hat Nutzen daraus gezogen.

Heute haben sich — mehr oder weniger notwendig — Geschmack und Wohnkultur auf Einfachheit, Sachlichkeit und — Billigkeit eingestellt. Prozentual sind heute viel mehr gelernte Maler als früher fast ausschließlich mit der Herstellung glatter Anstriche beschäftigt, wenn sie überhaupt Arbeitsgelegenheit haben.

Es ist daher die Frage erlaubt: „Hat es heute überhaupt noch einen Sinn, beruflich weiterzustreben, sich fachlich weiterzubilden?“

Ich für meinen Teil antworte trotz allem mit einem optimistischen „Ganz bestimmt“.

Niemand sollte meinen: „So kann es nicht mehr weitergehen“, denn wir wissen, daß sich in stetem Flusse Gegenwärtiges zu Gewesenem wandelt. Die Erfahrung zeigt uns auch, daß nicht das Wollen, sondern das Können anerkannt wird und nützt. Aber der Wille ist Voraussetzung, um zum Können zu gelangen. Irgendwann und irgendwie werden die wirtschaftlichen Zustände und auch die Verhältnisse in unserm Gewerbe wieder erträglichere werden. Ebenso sicher ist: Wer zur rechten Zeit gerüstet ist, wird in jeder Weise besser bestehen als jener, der nutzlos oder gleichgültig wurde. Besonders den jungen und jüngsten Kollegen sei in Freundschaft gesagt: „Jederzeit“ ist gerade die rechte Zeit zum Zulernen.

Welche besonderen Fähigkeiten braucht aber der Raummaler heute noch in dem Maße, daß es sich lohnt, sie sich anzueignen oder zu steigern?

Vorausgesetzt sei: Wer malen kann, das heißt wer mit zeichnerischer und maltechnischer Fertigkeit, mit Geschmack und Stilgefühl eigene Ideen vermittels Pinsel und Farbe zeitgemäß darstellen kann, findet auch heute noch hier und da Aufgaben, bei denen er sein Können ausbringend anwenden und in seiner Arbeit eine Art Freude zu finden vermag.

Im allgemeinen sind für den Dekorationsmaler heute wichtig: Farbenninn, Formeninn (Stilgefühl) und Raummempfinden, also eigentlich nichts anderes als ein umfassend entwickelter „Geschmack“, dazu Phantasie, Ideen und die Beherrschung der dekorativen „Techniken“, wie sie heute noch angewendet werden.

Ein gutes Mittel zur Entwicklung des Farbennnens ist das skizzenmäßige Landschaftmalen nach der Natur, und zwar am besten mit Temperafarben. Aber nicht die entstehenden Bildchen und Bilder sind dabei die Haupt-

Legalität im Dritten Reich

Was von der legalen Haltung der Hitlerianer im Dritten Reich zu erwarten ist, zeigt eine Denkschrift der Sozialdemokratischen Partei, die über

1184 nationalsozialistische Gewalttaten

im Laufe der letzten zwei Jahre berichtet.

62 Tote und 3200 Verletzte

waren das Resultat.

26mal erfolgten Ueberfälle auf Volks-, Gewerkschafts- und Konsumvereinshäuser.

100mal wurden schwere Mißhandlungen von Sozialdemokraten, 28mal von Reichsbannerangehörigen gemeldet.

In 35 Fällen wurden Angehörige bürgerlicher Parteien mißhandelt, 19mal Kinder, 30mal Frauen. 31mal wurden Angriffe auf die Wohnungen Andersdenkender gemacht, darunter dreimal auf ganze Arbeiterwohnblöcke.

86mal wurden organisierte, bewaffnete Provokations- und Schlägertrupps festgestellt.

9mal wurden Friedhöfe geschändet, Totengedenktafeln und Hindenburg-Bilder zerstört.

So sieht die Legalität der Nazi-Partei aus. Wir verzichten auf sie.

sache — die können zum größten Teil in Mappen eingepackt werden, als Zeugen menschlicher Unzulänglichkeit, aber auch als Maßstab steten Fortschrittes — das Wesentliche und Ausdringende am Stizzieren ist das Lieben im Erfassen und Wiedergeben der Farböne und -werte, das bewußte Sehen und Studieren der im Licht und Luftwunder der Natur jederzeit harmonischen Farb-stimmungen. Die Gewöhnung der Hand an leichtes, freies Handhaben des Pinsels ist Ertragsgewinn.

Der verschiedene Charakter der Landschaft in Ebene und Gebirge im Wechsel der Jahreszeiten, der Wetterlagen und Tageszeiten, eröffnet dem bewußt sehenden Auge unendlich verschiedene Möglichkeiten und immer wieder neuartige Feinheiten harmonischer Farbklänge. Besonders in den Formen, im Mittelgrund und Wolkenhimmel.

Es kommt für uns nicht darauf an, die Einzelheiten zeichnerisch getreu wiederzugeben. Wir wollen überhaupt keine Kunstwerke schaffen. Wir wollen ganz einfach nur das Gute da nehmen, wo es uns jederzeit kostenfrei dargeboten ist — wir wollen durch Anschauung und Übung uns das Problem der Farbe nach Möglichkeit erschließen. Dabei gewöhnen wir uns an bewußtes Sehen und Auf-fassen, auch wenn wir nicht malen, und bemerken genießerisch vielerlei Schönes, was mancher andere kaum jemals wahrnimmt. Und mancher starke farbige Eindruck wird uns bewegen, daheim sofort Pinsel, Farben und Papier herbeizuholen, um die Stimmung für alle Fälle festzuhalten, so wie der Schriftsteller gelegentliche Einfälle notiert, um sie nicht zu verlieren.

Neben diesem mehr gefühlsmäßigem Eindringen in das Farbproblem, gibt es noch den Weg des verstandes-mäßigen Erfassens, den man keineswegs vernachlässigen sollte. Ein interessantes, aufschlußreiches Mittel zu diesem Ziele gab das Fachblatt „Der Maler“ im Jahrgang 1927 (Weg zur Farbe).

Das Raummempfinden läßt sich ohne fortgesetztes Lösen praktischer Aufgaben schwerlich wecken oder steigern. Aber jeder Raum, sei er noch so simpel, ist eine solche Aufgabe! Auch bei den einfachsten gegebenen Mitteln kann ein bestimmter, besonderer Eindruck erstrebt und erreicht werden. Wir alle kommen in die Lage, solche Aufgaben lösen zu müssen; es kommt darauf an, daß wir sie als solche betrachten und behandeln. Es ist nötig, daß wir uns zuerst einmal klarwerden, welchen Eindruck wir den Proportionen und Lichtverhältnissen, der Art und Bestimmung des Raumes gemäß, anstreben müssen und wie wir diesem Eindruck mit den gegebenen Mitteln möglichst nahekommen können. Und wenn dann der Versuch (jede schmeckende Arbeit sollte ein Versuch sein) zu Ende geführt ist, dann ist eine stille, unbarmherzige Selbstkritik das beste Mittel zum Fortschritt.

Das Formgefühl im dekorativen Sinne ist eng mit dem Raummempfinden verknüpft, weil jede Schmuckform sich maßstäblich den Verhältnissen eines Raumes an-schmiegen und stilistisch seinen Zweck charakterisieren muß. Daher gilt im wesentlichen auch für dieses das vorher Erwähnte. In vielen Orten, besonders in größeren Städten, besteht die Möglichkeit, in Abendkursen, unter berufener Leitung und Korrektur, sich das Wissen zu erwerben „Worauf es ankommt“. Die Auswertung und Höherentwicklung des Gelernten muß durch praktisches Arbeiten erfolgen.

Nun eine weitere Anregung. In den Berufsschulen werden die Lehrlinge planmäßig mit dem Schriftzeichnen und -malen vertraut gemacht, aber nicht allzu viele entwickeln sich weiter bis zum guten Schriftmaler. Das ist zu verstehen. Nur wenige Ausgelernte haben Gelegenheit, sich durch praktisches Arbeiten die nötige Gewöbnheit und den letzten Schliff anzueignen. Nicht nur in kleineren Orten, auch in den Großstädten, wo sich die Schrift- und Reklamemalerei in höherem Maße als selbständiges Gewerbe abgrenzte, werden immerhin verhältnismäßig viele derartige Arbeiten durch Dekorationsmaler-Geschäfte ausgeführt, durch manchen Betrieb sogar recht viele. Aber es muß erinnert werden: Nicht der wird zu besonderen Arbeiten herangezogen, der sie gern ausführen möchte, sondern jener, der sie ausführen kann.

Sollte es also nicht von Nutzen sein, wenn wir die Keime — nur solche werden uns ja meist durch Lehre und Berufsschule vermittelt — von uns selbst aus weiterentwickeln? Selbst wenn wir schon lange Zeit erwerbslos sind — oder gerade deshalb? Lust und Liebe zur Sache und zielbewußte Sakkraft sind freilich Voraus-

setzung zum Erfolg. Ohne diese ist aber auf keinem Gebiete etwas Ernsthaftes zu erreichen.

Es kann nicht der Zweck dieser Zeilen sein, Anleitungen zu geben, nur die Hoff und Anregung sollen sie sein, zum Arbeiten an sich selbst; in beruflicher Hinsicht. Entsprechende Literatur ist reichlich vorhanden, und auch praktische Wege zur Vervollkommnung. In unserm Berufe sind vielfach gegeben. Gut ist es, wenn mehrere gleichzielende sich zusammenfinden zu regelmäßigem, systematischem Arbeiten. Wenn mehrere das gleiche wollen, ist der Eifer größer und beständig r.

Ein Menschenleben erscheint uns kurz oder lang, je nach unserm Alter und der Stimmung, in der wir uns gerade befinden. Auf alle Fälle aber müssen wir öfter einmal feststellen, daß wir im Nachste sind, weil wir dieses oder jenes — nicht können. Und da hilft nur Lernen und Ueben. W. Manchmaler.

Baugewerbliches

Schwierigkeiten der Baufinanzierung.

Wenn fast nicht mehr gebaut wird, so liegt das bestimmt nicht daran, daß es des Baues nicht mehr bedarf weil schon genügend Wohnungen vorhanden sind und auch jeder sonstige Bedarf an Bauten in den letzten Jahren gedeckt wurde. Trotzdem zuzugelen ist, daß in den letzten Jahren erhebliche Summen im Wohnungsbau investiert wurden, ist die Nachfrage nach kleineren und kleinsten Wohnungen zu erschwinglichen Preisen noch sehr groß. Nachdem Hauszinssteuermittel des Staates nicht mehr zur Verfügung stehen, sind leider kaum noch irgendwo Mittel für den Wohnungsbau aufzutreiben. Darauf wird auch im Berliner Tageblatt Nr. 82 vom 18. Februar d. J. hingewiesen, in dem es heißt:

Am die Februarmitte liegt der deutsche Baumarkt, wie man seit Wochen schon, vollständig ruhig; es ist auch unter den augenblicklichen Wirtschaftsbedingungen kaum damit zu rechnen, daß die Krise in absehbarer Zeit eine Wilderung erleben wird. Hypothekendarlehen, Sparkassen- und auch Versicherungsgeschäften haben nur in bescheidenem Umfang Mittel für Bauprozesse verfügbar. Eigenfinanzierung kommt für das Baugewerbe selbst nicht in Betracht. In sehr vielen Fällen, in denen sich Baufirmen hierzu in den letzten Jahren bereit fanden, mußte die Beobachtung gemacht werden, daß die Einziehung der Bauforderungen sehr zu wünschen übrig läßt. Ein nicht geringer Prozentsatz dieser Eigenbarlehen kann für das Baugewerbe als „eingefroren“ gelten. In solchen Fällen, wo Baufirmen, nur zu einem Antrag zu gelangen, Arbeiten auf Kredit übernahmen, aber selbst Bankkredite in Anspruch nehmen mußten, hat sich die Lage besonders präkar gestaltet. Die großen Verluste, die der Bauwirtschaft aus dieser Entwicklung entstehen, zeigen jedenfalls einen beachtlichen Teil des durch den überhäuften Wettbewerb ohnehin nur geringen Gewinnes aus der Arbeitsleistung der letzten Jahre auf. Neutapitalbildung ist seit Jahren unmöglich, durchweg wird unter Veranziehung der Substanz gearbeitet.

Die gleichen Verhältnisse sind auch bei den Baustoffindustrien zu beobachten. Anzeichen für eine Wiederbelebung des Geschäftes sind nur gering. Die Firmen, die sich zu einer Produktionsaufnahme entschließen, gehen ein gewisses Risiko ein; denn Bauprogramme, wie sie in den Vorjahren veröffentlicht wurden und Produktionsdispositionen zuließen, fehlen in diesem Jahre fast völlig. Aus der Erleichterungsbauartigkeit können die Baustoffindustrien nur in bescheidenem Maße Nutzen ziehen. Die Baugewerkschaften werden zwar auch in diesem Jahre wieder als Auftraggeber am Baumarkt erscheinen; aber auch hier dürfte die Auftragserteilung nur aufzufolge nach den vorhandenen Mitteln zu erwarten sein. Industrie, Landwirtschaft und die öffentliche Hand dürften im kommenden Baujahr nur eine untergeordnete Rolle spielen.

Insgesamt gesehen ist also die Lage des Baugewerbes fast zum Verzweifeln. Es ist selbstverständlich, daß unter diesen Umständen auch das Malergewerbe schwer zu leiden hat.

Gewerkschaftliches

Ernst Schulze Bundeskassierer.

Die vierte Bundesausschussung des AOB. wählte am 15. Februar an Stelle des verstorbenen Hauptkassierers Kube einstimmig den bisherigen Bundessekretär Ernst Schulze zum Bundeskassierer. Schulze steht seit seiner frühesten Jugend in der Gewerkschaftsbewegung. Vom 1. Juli 1905 bis zum 30. April 1919 war er Vorsitzender der Berliner Verwaltungsstelle des Sattlerverbandes. Vom 1. Mai 1919 folgte er einem Ruf des Bundesvorstandes und bekleidet seit dieser Zeit die Stelle eines Sekretärs im AOB. Sein bisheriges Tätigkeitsgebiet im Bundesvorstand war vorwiegend die Betreuung der Ortsauslässe und der Gewerkschaftshäuser des AOB. Nunmehr ist ihm zu diesen Arbeiten noch der in der Zeit der Wirtschaftskrise doppelt verantwortungsvolle Posten eines Kassierers der Bundesfinanzen übertragen worden.

Eiserne Front und Hammerschaften marschieren!

Im ganzen Reich findet der Massenaufmarsch der Eisernen Front statt. Eine Bewegung wurde entfacht, die dem Massenauflauf ihre Berechtigung herzunehmen in der Lage ist. Wo es auch sei, in Großstädten, in Industriegebieten, in Kleinstädten, auf dem Lande — von überall kommen sie zu Haus, um darzutun, daß sie bei dem Kampf um Republik oder Diktatur dabei sein wollen. Die Arbeitermassen wissen, daß es in den nächsten Wochen um Sein oder Nichtsein der Arbeiterbewegung geht. Es ist keine leere Drohung, wenn Hitler prophezeit hat, daß es einen parlamentarischen nationalsozialistischen Staat nicht geben würde. Deshalb muß alles darangesetzt werden, Hitler die Möglichkeit zu nehmen, einen solchen Staat überhaupt aufzurichten zu können. Von einer demokratischen Freiheit oder gar von einem sozialen Staatswesen wird dann keine Rede mehr sein. Und weil dies auch von dem ärmsten Proletarier instinktiv geahnt wird, deshalb der Massenauflauf zu den Versammlungen der Eisernen Front. Erfreulich ist dabei, daß namentlich die Hammerschaften sich vorzüglich entwickeln. Und dies, trotzdem es den Arbeitern in den Betrieben wirklich miserabel geht. Und selbst die Vermster der Armen, die Arbeitslosen, stellen sich mit ihrer ganzen Person zur Verfügung. Eine Bewegung, die von einem solchen Impuls und einer derartigen inneren Festigkeit getragen ist, wird dafür sorgen,

